

Gärtner-Zeitung.

Zentralorgan für die Interessen aller im Gartenbau und in der
Blumen- und Kranzbinderei tätigen Personen.

Offizielles Organ des
Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins (Sitz: Berlin).

Mit illustrierter Monatsbeilage „Gärtnerei-Fachblatt“.

Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins erhalten die Zeitung gratis.

Erscheint
wöchentlich jeden
Sonnabend.
Jährlich
52 Nummern.

Abonnements
nehmen alle Post-
anstalten entgegen.
Preis vierteljährlich
3.90 Mark.

Redaktion und Expedition:
Berlin N. 37, Metzger Straße No. 3.

Eigentümer und Herausgeber:
Hauptvorstand des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins.

Redaktionsschluß:
Jeden Dienstag Morgen.

Hundert Jahre preußisches Gesindeunrecht.

Ziehen wir einen Vergleich mit den heutigen politischen Verhältnissen und denen vor hundert Jahren, so ergibt sich, daß Preußen damals ebenso der Hort jeder Reaktion war, wie dies auch heute noch der Fall ist. Als nun im Jahre 1806, nach den Schlachten von Jena und Auerstädt, der preußische Staat gewissermaßen in Stücke geschlagen war und die ländliche Bevölkerung in den Franzosen nicht die Eroberer, sondern ihre Befreier sah, begann die preußische Regierung der bis dahin dem Adel rücksichtslos preisgegebenen Bevölkerung auf einmal einige „Freiheiten“ zu versprechen. So unterzeichnete Friedrich Wilhelm III. das Edikt vom 9. Oktober 1807, in dessen § 10 es hieß: „Nach dem Datum dieser Verordnung entsteht fernerhin kein untertäniges Verhältnis, weder durch Geburt noch durch Heirat, noch durch Übernehmung einer untertänigen Stellung, noch durch Vertrag.“ Der § 12 desselben Edikts verkündet sogar: „Mit dem Martini 1810 hört alle Gutsuntertänigkeit in unsren sämtlichen Staaten auf, nach dem Martinitage 1810 gibt es nur freie Leute.“

Weder die preußische Regierung, noch der Adel waren jedoch gewillt, diese Versprechungen zu halten, und so erschien denn zwei Tage vor dem Martini 1810, von wo ab alle Preußen „freie Leute“ sein sollten, auf einmal eine „Gesindeordnung“, die alle Versprechungen über den Haufen warf. Es ist dies die **preußische Gesindeordnung vom 8. November 1810**, die für das Gebiet des früheren preußischen Landrechts heute noch Geltung hat. Für die landwirtschaftlichen Arbeiter und das Gesinde kommt dann weiter noch ein Gesetz vom 24. April 1854 in Betracht, das sogar den „Ungehorsam“ unter Strafe stellt. Trotzdem von der Sozialdemokratie in den Parlamenten schon mehrfach die Unterstellung des Gesindes und der landwirtschaftlichen Arbeiter unter die Gewerbeordnung verlangt worden ist, hängen sich die Junker krampfhaft an die veralteten einzelstaatlichen Gesindeordnungen, wovon die preußische mit zu den allerschlechtesten gehört.

Die früheren Bestimmungen im preußischen Landrecht über die Rechte und Pflichten des Gesindes enthielten ursprünglich drei Hauptabschnitte, welche lauteten:

1. vom gemeinen Gesinde,
2. von Hausoffizianten,
3. von Sklaven.

Ist nun die Sklaverei in Preußen-Deutschland inzwischen auch gesetzlich aufgehoben, so werden die Dienstboten in der Praxis auch heute noch zu reinen Hausklavinnen erniedrigt. „Gemeines Gesinde“ so heißt es z. B. im § 57 der preußischen Gesindeordnung, „welches nicht ausschließlich zu gewissen bestimmten Geschäften gemietet worden, um sich allen häuslichen Verrichtungen nach dem Willen der Herrschaft unterziehen.“ Hiernach steht der Herrschaft die ganze Arbeitskraft und Arbeitszeit des Dienstboten zur Verfügung. Ein besonderer Lohn kann selbst dann nicht gefordert werden, wenn der Dienstbote außergewöhnliche Dienste, z. B. bei Krankheiten des Nebengesindes, leistet.

Gesinde, das sich nun hartnäckigen Ungehorsam oder Widerspenstigkeit gegen die Befehle der Herrschaft oder der zu seiner Aufsicht bestellten Personen zuschulden kommen läßt, kann auf Antrag der Herrschaft seitens der Polizeibehörden mit einer Geldstrafe bis zu 15 Mark oder einer Haftstrafe bis zu drei Tagen belegt werden. (Gesetz vom 24. April 1854.) Über den Begriff „hartnäckiger Ungehorsam“ oder „Widerspenstigkeit“ legt ein Strafbefehl eines Dienstknechts, der den Schreiber dieses vor einigen Jahren vorgelegt wurde, Zeugnis ab. Der arme Knecht war, nachdem er zum Aufstehen geweckt, nicht schnell genug aufgestanden. Der Strafbefehl lautete: „Sie haben am 4. Juni 1904 den Befehl Ihres Dienstherrn, Gutsbesitzer R. K. zu L. nicht Folge geleistet, **morgens vor 4 Uhr aufzustehen**, obwohl Sie geweckt wurden. Die Übertretung wird bewiesen durch die Anzeige des Gutsbesitzers R. K. in L. Es wird deshalb gegen Sie auf Grund des Gesetzes vom 24. April 1854 eine Geldstrafe von fünf Mark oder eine Haftstrafe von zwei Tagen festgesetzt.“ Auf eingelegten Widerspruch bestätigte natürlich das zuständige Amtsgericht dieses Dokument der Schmach.

Übermäßig lange Arbeitszeit, miserable Lagerstätten, ungenügende Beköstigung, niedriger Lohn, schlechte Behandlung usw., dies sind vielfach die ständigen Klagen der armen Dienstboten. Wie ist nun der gesetzliche Schutz dagegen beschaffen. Einfach gleich Null. So kann der Dienstbote den Dienst zwar sofort verlassen, wenn die Herrschaft dem Gesinde das Kostgeld gänzlich vorenthält oder ihm selbst die notdürftige Kost verweigert. Ob aber die notdürftige Kost gewährt ist, prüft bei uns in Preußen einzig und allein die Polizeibehörde. Gegen die polizeiliche Ent-

scheidung ist der Rechtsweg (Klage bei Amts- und Landgericht) nicht zulässig, sondern nur die Beschwerde oder Klage im Verwaltungswege (Kreis- oder Bezirksausschuß). Die Übermacht der Herrschaften dem Gesinde gegenüber zeigt sich so recht deutlich in der preußischen Gesindeordnung, indem die Herrschaft nach 19 Paragraphen die sofortige Entlassung verfügen kann, das Gesinde aber nur nach 7 Paragraphen — und da auch nur mit den nötigen „wenn“ und „aber“ den Dienst plötzlich verlassen darf. Hierzu ein paar Beispiele: Das Gesinde kann sofort entlassen werden, wenn es die Herrschaft durch Schimpfworte beleidigt. Gegen Schimpfereien der Herrschaft ist aber das Gesinde absolut nicht geschützt. Nach den §§ 136 und 137 der preußischen Gesindeordnung kann das Gesinde den Dienst ohne Aufkündigung verlassen: 1. wenn es durch Mißhandlungen von der Herrschaft in Gefahr des Lebens und der Gesundheit versetzt worden, 2. wenn die Herrschaft dasselbe auch ohne solche Gefahr, jedoch mit ausschweifender und ungewöhnlicher Härte behandelt hat. Da nach dem Artikel 95 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch dem Dienstberechtigten dem Gesinde gegenüber ein Züchtigungsrecht überhaupt nicht mehr zustehen soll, machte ein Dienstmädchen, das vom Dienstherrn verprügelt worden, einmal die Probe auf Exempel und verließ kurzerhand den Dienst. Das Mädchen hatte nach eigener Bekundung mehrere Ohrfeigen erhalten und war mehrmals mit der Hand über den Rücken geschlagen worden. Das Landgericht zu Naumburg urteilte darüber wie folgt: „In dieser dem jugendlichen, widerspenstigen Dienstboten von seinem Dienstherrn in der Erregung verabfolgten Züchtigung sieht der Vorderrichter (Amtsgericht) zu Unrecht eine Behandlung des Dienstboten mit „ausschweifender und ungewöhnlicher Härte“, die der § 137 der Gesindeordnung als Grund zum sofortigen Entlassen des Dienstes anführt. Wegen einer solchen, nur als mäßige (!) anzusehenden Züchtigung, wie sie nach Bekundung der Ehefrau des Beklagten erfolgte, kann vielmehr die Klägerin nicht als berechtigt angesehen werden, vom Beklagten fortzugehen.“ Dem Dienstherrn und Gericht kam hierbei noch der § 77 zu Hilfe, der lautet: „Bringt das Gesinde die Herrschaft durch ungebührliches Betragen zum Zorn, und wird in selbigem von ihr in Scheltworten oder geringen Tätlichkeiten behandelt, so kann es dafür keine gerichtliche Genugtuung fordern.“ Nach diesem

Paragrafen können nun die Herrschaften lustig weiter schimpfen und prügeln.

Verläßt aber ein Dienstbote wegen miserabler Behandlung, Prügelein usw. den Dienst, dann kann ihn die Herrschaft nicht allein für allen entstehenden Schaden haftbar machen, sondern ihn auch noch polizeilich bestrafen lassen. Hier sind dann Geldstrafen bis zu 30 Mk. oder Haftstrafen bis zu 8 Tagen vorgesehen. Außerdem kann der Dienstbote durch die Polizei in den Dienst zurückgeführt werden. Auf das Zeugnis, das die Herrschaften in vorliegenden Fällen dann in das Dienstbuch schreiben, bekommt der arme Dienstbote nachher überhaupt fast keine annehmbare Stelle mehr. Deshalb auch weg mit den Gesindedienstbüchern.

Während nach der Gewerbeordnung für die gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen der Arbeitsvertrag sich nur auf 14 Tage erstreckt und, wenn nichts anderes vereinbart, alle 14 Tage die Kündigung erfolgen kann, gilt der Dienstvertrag beim städtischen Gesinde auf ein Vierteljahr, beim Landgesinde aber auf ein ganzes Jahr für abgeschlossen, sofern hierüber und über die Kündigungsfristen nichts anderes verabredet wird. Die Kündigung hat nach der Gesindeordnung bei städtischem Gesinde sechs Wochen und bei Landgesinde drei Monate vor Ablauf der Dienstzeit zu erfolgen, andernfalls sich der Vertrag wiederum auf drei Monate oder ein Jahr stillschweigend verlängert. Um sich vor Schaden zu bewahren, vereinbare man ganz kurze Kündigungsfristen. Dies ist um so notwendiger, als die Herrschaften den Dienstboten den Lohn auf alle mögliche Art und Weise zu Wasser machen können. Da hat z. B. die Gesindeordnung im § 65 noch eine sehr dehnbare Bestimmung, die lautet: „Fügt das Gesinde der Herrschaft vorsätzlich oder aus grobem oder mäßigem Versehen Schaden zu, so muß es denselben ersetzen.“ Ein grobes Versehen ist ein solches, das bei gewöhnlichen Fähigkeiten ohne Anstrengung der Aufmerksamkeit, ein mäßiges Versehen ein solches, das bei einem gewöhnlichen Grade von Aufmerksamkeit vermieden werden konnte. Hierzu gehört z. B. das Zerschlagen des Geschirrs oder die Beschädigung von Möbeln bei deren

Reinigen aus Unachtsamkeit, das Verlieren einer dem Gesinde anvertrauten Sache usw. Wegen solchen Entschädigungsansprüchen kann sich die Herrschaft nach § 68 an dem Lohne desselben halten. Kann der Schade weder aus rückständigem Lohne, noch aus andern Habseligkeiten des Dienstboten gedeckt werden, so muß er denselben nach § 69 der elenden Gesindeordnung durch unentgeltliche Dienstleistung auf eine verhältnismäßige Zeit vergüten. Diese Bestimmung grenzt an die reine Sklaverei. Die Polizeibehörden sind nicht einmal befugt, die Herrschaften an ihrem vermeintlichen Zurückbehaltungsrecht zu hindern. Noch viel weniger darf sich der Dienstbote zur Wehr setzen. Täglich widersetzen darf sich der Dienstbote überhaupt nur, wenn das Leben oder die Gesundheit des Dienstboten durch Mißhandlungen in unvermeidliche Gefahr gerät. Ob in letzterem Falle der Dienstbote in der Notwehr gehandelt hat oder nicht, dies prüft natürlich wieder die Polizei und nachher der Staatsanwalt nebst den Gerichten.

Möge nun diese kurze Schilderung unter Hervorhebung der miserabelsten Paragrafen dazu beitragen, daß die preußische Gesindeordnung nebst den übrigen so bald wie möglich von der Bildfläche verschwinden.

*

Warum wir uns hier mit der Gesindeordnung beschäftigen? Unsre Leser wissen, daß unter diesem Schandgesetz auch zahlreiche Gärtner und Gartenarbeiter zu leiden haben, nicht bloß in den herrschaftlichen Gärtnereien, sondern sogar in vielen gewerblichen Betrieben, weil die Rechtsprechung sich sehr oft weigert, die Erwerbsgärtnerei allgemein als Gewerbebetrieb anzuerkennen.

Wir haben allen Grund, unsre Kraft einzusetzen, daß die Ausnahmegesetze für das Gesinde und die Landarbeiter endlich aufgehoben werden.

Ein englischer Minister über die soziale Frage.

Vor der Londoner unpolitischen christlich-liberalen Liga hielt jüngst der englische Schatzkanzler Lloyd George eine bemerkenswerte Rede,

die wegen ihrer Schärfe, mit der dieser Minister die sozialen Zustände in den sogenannten Kulturstaaten kritisiert, verdient, in den weitesten Kreisen bekannt zu werden.

Lloyd Georges sagte u. a.: „Eine gewaltige Unruhe herrscht in den Volksmassen aller zivilisierten Länder der Erde und zieht in immer höherem Grade die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Was ist die Ursache dieser Bewegung? Unsre Schutzzöllner sagen, daß alle Unzufriedenheit durch unsre Wirtschaftspolitik verschuldet ist; in dem Augenblick meinen sie, in dem wir die handelspolitischen Ideen des Kontinents aufnehmen und zum Schutzzoll übergehen, würde die Aufregung vorüber sein. Auf der andern Seite führen die extremen Freihändler die Unruhen auf dem Kontinent einzig und allein auf die enorme Verteuerung aller Lebensmittel zurück, die eine unausbleibliche Folge hoher Schutzzolltarife ist. Ihnen beiden ist zu antworten, daß die Ursache tiefer liegt und einen allgemeineren Charakter trägt. Denn das Gebiet der Unruhe erstreckt sich weit von Ost nach West. Es umfaßt Portugal, Deutschland, Frankreich, Österreich, Rußland, Italien, die Vereinigten Staaten von Amerika — alles Länder mit hohen Schutzzöllen. Unruhen haben aber auch in Nord-England, Süd-Wales und Schottland stattgefunden, die unter dem Banner des Freihandels stehen. Die Freihändler können also den Schutzzöllnern gegenüber höchstens die Tatsache geltend machen, daß wir keine Hungerkrawalle gehabt haben und daß die Unruhen in andern Ländern schärfer auftraten als bei uns. . .

Ich habe in meinem Leben sehr viel Elend gesehen und sehr viel über Elend gelesen. Jedoch, ich gestehe, ich habe von seiner Schärfe nie die richtige Vorstellung gehabt; die gewann ich erst, als ich an die Ausführung des Gesetzes über die Alterspensionen herantrat. Da sah ich erst, welche erschreckende Masse ehrlicher, unabhängiger stolzer Armut es unter uns gibt! Da gibt es, wenige Schritte von diesem Saal entfernt, Hütten, in denen arme Frauen, alt und müde, nach einem ehrenwerten, arbeitsamen Leben von mehr als 70 Jahren, bis zum späten Abend am Werke sind, um ein erbärmliches Bettelgeld zu verdienen, das sie zwar grade vor dem Verhungern schützt, aber sie niemals von Not und Mangel befreit. **Sechs bis sieben Schilling (Mark) verdienen diese alten Frauen mit ihrer Nadelarbeit an Kleidern, deren Trägerinnen in einer Stunde des Müßigganges und des Übermutes mehr verschleudern mögen, als dieses Elendsvolk in drei Jahren harter Arbeit verdienen kann!**

Ich könnte noch viel mehr erzählen, um zu zeigen, daß eine ungeheure Volksmasse hier, in diesem reichsten Lande der Welt, ein Leben der Armut führt, das stets an der Grenze der Not und Verzweiflung dahinschwankt. Und ich habe es schon ausgesprochen, daß dieser Zustand der Dinge nicht auf dieses Land beschränkt ist. Im Gegenteil, die hohen Lebensmittelpreise, ver-

Feuilleton.

Opfer des Kapitals.

Soziale Skizze von E. Miedlich, Bernburg.

Vier Jahre waren es her, daß sie ihren schönen heimatlichen Wald verlassen hatten, um sich in der nicht zu fernen Stadt eine sichere Existenz zu schaffen, die sie sich daheim, eltern- und anhangslos, nicht begründen konnten.

Glück und ein trautes Heim waren seine Träume gewesen, als er um sie geworben und sie dann geheiratet hatte; doch es war alles anders geworden als er es sich erträumt. — Er erhielt Arbeit als Bauhandwerker und verdiente ein ganz gutes Geld, wenigstens mehr als daheim; zum Leben reichte es, und ein paar Sparpfennige konnten auch noch zurückgelegt werden. So lebten sie glücklich dahin und ahnten nicht die Not, die schon vor der Tür stand und auf Einlaß wartete.

Ein Kind wurde ihnen geboren, und mit ihm kam das Verhängnis. Frau Anna war schwächlich und zart und überstand das Schwere nicht gut; an einem Faden hing ihr Leben. Wochenlang lag sie am Fieber, und nur die gute Pflege hielt sie bei Kräften. Schon glaubte er, das schlimmste sei vorüber, und neue Hoffnung belebte ihn zu reger Arbeit. Da kam das größte Übel — die Aussperrung. Er war nicht organisiert, er wollte weiter arbeiten, doch es half ihm nichts. Er bat, er flehte seinen Brotherrn an, — vergebens; — er war brotlos.

Die wenigen Sparpfennige waren aufgebraucht und trübe Schatten legten sich über das kleine Dachstübchen, im dunkelsten, entlegensten Stadtecke. Die Not hielt ihren Einzug, und aus den dunklen Ecken des Zimmers äugten die Gespenster des Hungers.

Vor dem harten Lager der Kranken kniete ihr Mann, sein bleiches Gesicht mit den Händen bedeckend. — Sie seufzte leise, — er strich ihr über die eingefallenen Wangen und küßte ihre Stirn. — „Hunger hab ich, gib mir zu essen —.“ Matt kam es von ihren Lippen; — er fuhr zusammen. — „Hunger.“ — Er hatte nichts, nichts als ein Stücklein im Wasser geweichten Brotes, das er noch von dem am vorigen Tage gekauften übrig behalten hatte, und Geld besaß er auch nicht mehr. — Hunger, Hunger. — Er griff zum Hute und stürzte hinaus; er selbst war schwach, denn er hatte schon viele Stunden nichts gegessen.

Er durchirrte die Straßen. Wo sollte er hin? Er wußte keinen Rat, kannte keine Hilfe. — An die Menschen hatte er schon lange gezweifelt, denn von so mancher Tür, an die er klopfte, wurde er abgewiesen, andre wurden garnicht geöffnet. Und seine Kameraden, ach, die hatten ja selber nichts zu essen. Arbeit gab es nirgends. Wer stellte auch einen Ausgesperrten ein? Mit mürrischem Gesichte schloß man vor ihm die Türen. — Er war zerknirscht, doch der Gedanke an sein Weib, an sein Kind, die nach Brot schrienen, trieb ihn vorwärts.

So kam er vor das Haus seines Brotherrn. Er blieb stehen und schaute durch das Gitter hindurch die Pracht des Gartens, den palastartigen Bau des Hauses, — alles atmete hier Reichtum, Glück und Wohlstand. Ein Hoffnungsstrahl durchkreuzte sein

mattes Hirn: Der, der könnte helfen, der war reich, reich und glücklich. — Er trat ein in den Garten; es war ihm, als befände er sich im Reich der Feen, von denen er als Kind einmal gehört. Es wurde ihm fast ängstlich zumute bei all der Pracht, die sich hier um ihn entfaltete, und es legte sich ihm etwas so schwer auf die Glieder, hämmerte an seinen Schläfen und machte ihm die Augen so müde; — ob es der Blumenduft war oder die Hitze des Tages es machte? Er wußte es nicht, er fühlte nur eine ungeheure Müdigkeit. — Matt setzte er sich auf einen Treppenstein des Hauses und schlief fest ein. —

So saß er eine Weile, bis ihn ein barscher Ton und ein Stoß gegen die Brust jäh auffahren ließ. Der Herr des Hauses stand vor ihm, in der rechten Hand einen Stock haltend und die Linke zur Faust geballt, schrie er ihn an mit rauher und verlebter Stimme: „Was wollen Sie in meinem Garten, solch Lumpengesindel kann ich hier nicht gebrauchen — hinaus!“ — Der Ton der Stimme hatte ihn wieder zuseich gebracht, und die Worte dieses Herrn hatten ihn auffahren lassen wie ein gepöckeltes Tier. — „Herr, zu keinem Lumpengesindel gehöre ich, ich bin Ihr Arbeiter, und weil meine Frau und mein Kind Hunger leiden, möchte ich Sie bitten, mir etwas zu geben, damit ich Brot kaufen kann für sie; ach bitte Herr, nur ein wenig.“ — Im bittenden Ton und mit verzweifelter Gebärde hatte er es gesagt und ihm ins Gesicht gesehen, offen und frei, doch der Blick des Herrn irrte weg. Voller Wut brüllte er den Armen an: „Machen Sie mir keine Faxen vor, Sie wollen wohl wieder etwas zum Versaufen haben, was? — Hinaus sag ich — sofort —.“ Noch einmal versuchte es der andre, noch einmal

ursacht durch die Besteuerung aller Lebensnotwendigkeiten, machen die Dinge in den Ländern des europäischen Kontinents noch schlimmer! Einsteuern genügt es, festzustellen, daß auch unser Land trotz seiner ungeheuren Reichtümer nicht frei ist von Elend und drückender Not.

Und dazu kommt eine Tatsache, die nicht zu übersehen ist, wir haben ein hartes Klima für die Armut. Im warmen hellen Süden macht sich das Bedürfnis nach Nahrung, Kleidung und Obdach weniger empfindlich bemerkbar. Die Sonne ist dort der Luxus der Arbeitslosen, hier aber sind Nebel und Frost grausame Feinde aller Menschen mit zerissenen Kleidern. Unser Klima macht Not zur Qual!

Betrachten wir nun einmal die andre Seite des Gemäldes! Wir haben hierzulande erst eine große Agitation erlebt, die an die Ausfüllung gewisser Grundsteuerformulare anknüpfte, welche durch das Budget von 1909 vorgeschrieben ist. Da haben sich verschiedene reiche Großgrundbesitzer bitter beklagt, daß es ihnen bei aller Anspannung ihres Personals durchaus unmöglich sei, binnen zwei Monaten ein Verzeichnis ihrer Vermögensobjekte herzustellen! Ihre Güter wären so weitauf, daß sie viel länger als 60 Tage brauchten, um Angaben über ihre Ausdehnung und Lage zu machen! Halten wir diese Tatsachen zusammen mit den Bildern des Elends, die ich soeben entworfen habe — des Elends von Leuten, die nicht minder verdienstvoll sind als jene andern, die unter der Last ihres Reichtums keuchen — und wir werden eine gewisse Erklärung haben für die Erschütterungen, die die Grundlagen unserer Gesellschaft zu bedrohen scheinen.

Soviel vom Grundeigentum. Wie steht es aber mit dem Eigentum im allgemeinen, beweglichem und unbeweglichem! Ich habe in den letzten zwei Jahren als Finanzminister Gelegenheit gehabt, in die Verhältnisse der Erbesteuerung von nächster Nähe Einblick zu nehmen. Und ich habe dabei gefunden, daß von insgesamt 420000 Erwachsenen, die jährlich starben, fünf Sechstel nichts besitzen, was auch nur eine staatliche Aufnahme verlohnte. Ein paar alte billige Kleider, vielleicht ein bißchen Hausrat, das ist alles! Mehr als 300 Millionen Pfund — 6 Milliarden Mark — wechseln jährlich durch Tod ihren Besitzer, rund die Hälfte davon entfällt auf ungefähr 2000 Personen! Haben nun etwa die 350 000 Menschen, die in Armut sterben, ein Leben des Müßigganges, der Verschwendung und Ausschweifung geführt? Und haben die 2000, die an 3 Milliarden Mark besaßen, ein Leben der Arbeit und der Sparsamkeit hinter sich? Jedermann weiß, daß dem nicht so ist! Aus solchen Tatsachen erklärt sich jene Bewegung der Unzufriedenheit im Herzen Englands, die das Zeichen einer organischen Erkrankung des ganzen Systems ist.

Ich möchte dann noch ein paar Fingerzeige geben, wie die Sozialreform der Verschwendung Halt gebieten könnte, durch die die Lebenshaltung des größten Teils der Bevölkerung herabgedrückt wird. Nehmen wir nur das Geld, das hierzulande und anderwärts für Rüstungen verausgabt wird! Die zivilisierten Länder der Erde geben jährlich rund 10 Milliarden für Kriegszwecke aus. Gewiß müssen auch wir, solange die andern Mächte rüsten, unsre Weltstellung um jeden Preis verteidigen. Erst die Rüstungseinschränkung auf Grund einer internationalen Verständigung kann uns Sicherheit geben, weil sie sowohl uns wie den fremden Staaten die Macht nimmt, Unrecht zu tun. Meine Absicht ist nur, zu zeigen, welche ungeheuerliche Verschwendung diese Ausgaben bedeuten, durch die sich die Menschheit auf eine allgemeine Schlächterei vorbereitet. Unsre jährlichen Rüstungsausgaben betragen eine Milliarde, vierhundert Millionen Mark (Schilling), das sind 160 Mk. auf jeden englischen Haushalt. Würde England von dieser Last befreit, so könnte es jedem Angehörigen der Lohnempfangenden Klasse eine wöchentliche Zulage von 4 Mk. gewähren, ohne daß dadurch auch nur der Kapitalprofit verringert würde.

Eine andre Quelle der Verschwendung liegt in der Art, wie das Land verwaltet wird. (Es folgen Ausführungen über die englische Landfrage, die dem deutschen Leser nicht ohne weiteres verständlich sind. Dann fährt der Minister fort:) Eine dritte Quelle der Verschwendung von Volkskraft ist die Arbeitslosigkeit.

Im nächsten Jahre hoffen wir mit einer großen Vorlage hervortreten zu können zur Versicherung der lohnarbeitenden Klassen gegen die Folgen des Mangels von Arbeitsgelegenheit. Weniger Aufmerksamkeit wendet man der Arbeitslosigkeit in den oberen Klassen zu, die ein nicht weniger ernstes Problem und die befruchtende Ursache der Arbeitslosigkeit unter den Arbeitern ist. Männer und Frauen, deren Erziehung und Ausbildung ungeheure Summen verschlungen hat, führen ein Leben des Müßigganges. Das ist eine ganz wahn-sinnige und schändliche Vergeudung wertvoller menschlicher Arbeitskräfte! Von solchen Müßiggängern gibt es aber hierzulande mehr als irgendwo sonst in der Welt. Nimmt man diese Leute mit ihrer ganzen Familie und ihrem sonstigen reichen Anhang, so findet man, daß sich die Gesamtzahl auf etwa zwei Millionen beläuft. Das ist genau so, als wenn die großen Handels- und Industriestädte Manchester, Liverpool und Glasgow in große privilegierte Gemeinden verwandelt würden, in denen kein Mensch einer produktiven Beschäftigung nachgeht, und alle Tätigkeit bloß darin besteht, daß sich die einen amüsieren und die andern dabei behilflich sind! Kann man sich eine ärgere Verschwendung, eine unerträg-

lichere Last für die menschliche Gesellschaft — kann man sich aber auch eine größere Albernheit vorstellen, als ein derartiges System? Und doch ist dieses System kennzeichnend für die Zustände, unter denen wir in diesem Lande existieren, wo ein Teil der Bevölkerung, ohne Arbeit, ein Leben des verschwenderischen Müßigganges führt, während die große Masse der andern ein Leben harter Arbeit lebt, ohne für Nahrung, Kleidung und Erholung genug zu erwerben!"

Nahe am Schlusse seiner Rede machte der Minister seinen Zuhörern die Verkehrtheit unsrer sozialen Zustände an folgendem Beispiel klar:

„Durch Sudan — führte er aus — fließt ein großer reicher Strom, seine Kraft reicht aus, ganz Sudan und Agypten mit Fruchtbarkeit zu erfüllen, er führt Wasser genug, um beide Länder zu bewässern und sie bis in den letzten Winkel hinein zu befruchten. Wenn aber aus irgend einem Grunde der Wasservorrat in den höher gelegenen Gebieten verschwendet wird, dann muß das ganze Land Hunger leiden. So gab es früher auch in Ober-Sudan ein weites Gebiet, in dem das Wasser aufgestaut wurde, und das auf diese Weise zu einem Morast verwandelt wurde, der nichts von sich gab als Pestilenz. Ordentlich und verständig bewirtschaftet und verteilt, reicht jetzt die Wassermenge dazu aus, um das dürrste Tal fruchtbar zu machen und die Wüste in einen blühenden Garten zu verwandeln.“

Das ist das Problem der Zivilisation! Nicht bloß in England, auch in allen Ländern. Zu manchen Zeiten überschweben die Ströme des Reichtums gewisse besonders begünstigte Regionen und verwandeln sie dadurch in einen Morast, der die soziale Atmosphäre vergiftet. Andre hängen von einem kleinen Bächlein ab, das bei jeder Dürre rasch vertrocknet, und da gibt es denn zu Zeiten größere Massen von Männern und Frauen, die der Segen der Flut nicht mehr erreicht, und dann haben wir den Anblick ausgemergelter Menschengestalten, blasser abgehämter Geschöpfe einer Wüste, in deren Dürre selbst die Träne versiegt.

Was soll geschehen? Darin stimme ich nun wieder ganz mit Chamberlain überein: Nur kühne Mittel können helfen.

Alles, was wir bisher getan haben, war zu schwächlich und zu schüchtern. Das Problem muß von großen Gesichtspunkten aus angefaßt werden. Die Zeit ist gekommen, alle Lebensbedingungen der Nation und des Reiches zu revidieren, und wehe der Generation, der der Mut zur Lösung dieser Aufgabe fehlt! Mag darum, dies ist mein Rat, das Volk die Ziele seiner Politik hoch und weit stellen und ihnen nachstreben mit unerschütterlicher Entschlußkraft durch alle Fehlschläge und Enttäuschungen bis das Befreiungswerk vollendet ist!" —

Und dieser Mann, der in der Anhäufung der Reichtümer die Versumpfung der Gesellschaft erblickt, ist Minister; er zählt zu den ersten Be-

bat er, — er warf sich vor ihm nieder und bat, — da traf ihn ein Fußtritt. — „Gemeines Vieh!“ brüllte der Herr, doch weiter war er nicht gekommen. Zwei Hände würgten ihn an dem fetten Hals, würgten, bis der dicke Herr die Augen schloß und ohnmächtig hintenüberfiel. — Dann ließ er los — er starrte vor sich hin. — Da lag der, der ihn getreten, beschimpft, der ihn und die Seinen dem Hungertode preisgab; — blaß war sein Gesicht, und schlaff lagen seine Arme am Körper. — Dann aber überfiel ihn eine endlose Angst; der Gedanke an sein Weib tauchte wieder auf, — er stürzte zur Gartentür hinaus, er lief wie ein Wilder, — wie lange, — wohin, — er wußte es nicht; er wußte nur noch, wie er zusammenbrach. — Und als er wieder zu sich kam, schleppete man ihn fort; eiserne Spangen hielten seine Hände umklammert, und neben ihm gingen zwei Schutzleute. —

Die Dämmerung breitete sich über die Stadt und schlich in das stille, feuchte Dachstübchen. — Auf dem harten Lager ausgestreckt ruhte die Kranke mit ihrem Kinde; alles ist still, — und aus ihrer eingefallenen Brust dringt kein Seufzer mehr hervor, ihre blassen Hände halten ihr Kind umklammert, und ihre Augen blicken starr nach oben. —

Leise öffnete sich die Türe; eine Dame tritt herein, ihre Röcke knistern wie Seide; sie hält sie hoch empor, damit sie nicht schmutzig werden. — Ein mitleidiger Zug geht über ihr Gesicht, leise tritt sie an das Bett. — „Sie schläft, die arme Kranke,“ flüstern ihre Lippen; dann dreht sie sich um und winkt. Ein Diener tritt ein und stellt ein Paket auf den Tisch, dann geht er wieder, und auch

sie wendet sich leise, um die Kranke nicht zu stören. — An der Tür bleibt sie nochmals stehen; ihr riecht hier alles so komisch, und im Stübchen war es schon so finster. Es überkommt sie ein Schauern, — schnell schließt sie die Türe. — Die Frau vom Armenpflegeverein war gegangen und in den Ecken und Winkeln des Zimmers regten sich die Geister des Todes.

In enger Zelle sitzt der Verhaftete, seine Gestalt ist zusammengesenken, sein Gesicht verstört und entgeistert; — er tobt nicht, er spricht auch nicht; — ruhig und wie geistesabwesend blickt er vor sich hin. — Er hört nicht, wie die Zellentür geöffnet wird und sein Wärter eintritt; er hört auch nicht, was dieser zu ihm spricht, bis er ihn aufrüttelt. — „Hören Sie nicht? — Ihre Frau ist gestern gestorben und Ihr Kind auch —; der Baumeister ist wieder hergestellt.“ — Regungslos hat der andre zugehört, sein Blick weicht nicht vom Boden ab. —

Zwei Särge werden hinausgetragen aus der Friedhofskapelle, ein großer und ein kleiner. Der Pfarrer und wenig andre folgen. — Hinter den Särgen geht zwischen Schutzleuten der Verhaftete, — kein Wort der Klage kommt über seine Lippen, keine Träne feuchtet seine halb geschlossenen Augen, — ruhig, den Kopf auf die Brust gesenkt. — Der Pfarrer hält die Grabrede, — er spricht von Gott und seinem geheimnisvollen Tun, von Schicksalschlägen und Prüfungen, die er den Menschen auferlegt. —

Da schreit der Arme auf, — „Gott! — ach, wenn es einen Gott gäbe —. Du lügst, du lügst; es gibt keinen Gott; — du lügst, wenn du sagst, daß es Gott getan, der mein Weib ver-

hungern ließ. — Die Menschen waren es, die bösen, — die verfluchten — — —.“ Dann reißt er sich von seinen Wächtern los und bricht am Grabe seines Glücks zusammen.

Kennst du das Land?

(Frei nach Goethe.)

Kennst du das Land, wo neue Steuern blühen,
Wo man das Volk mit Lasten drückt so kühn,
Wo scharfer Wind vom Thron herniederweht,
Daneben stolz der Preußenjunker steht,
Kennst du es wohl?

Davon! Davon!

Möcht ich mit dir so gerne fliehn, mein Sohn.

Kennst du das Haus, wo man Soldaten lehrt,
Daß man die Eltern, die der Mensch sonst ehrt,
Erschießen soll, wenn's nur der Kaiser will,
Wo der Verstand gemordet wird vom Drill,
Kennst du es wohl?

Davon! Davon!

Möcht' fliehen ich mit dir, mein armer Sohn.

Kennst du die Zeit, wo andre Tage winken,
Die Tyrannei wird in das Nichts versinken,
Wo schwinden wird der Bürger falscher Schein,
Wo einst der Mensch ein Mensch wird wieder sein,
Kennst du sie wohl?

Nach ihr, nach ihr

Streb' Tag und Nacht, mein Sohn, mit mir.

(Aus dem „Wahren Jakob“.)

amten eines monarchischen Staates! Da sind wir Deutsche doch glücklichere Menschen; wir kennen nicht Elend und Not und haben so tüchtige Minister! Ein Posadowsky, der ein wenig geistige Verwandtschaft mit Lloyd Georges hatte, nur ein ganz klein wenig, erhielt den „blauen Brief“ wegen dieser seiner „Sentimentalität“

Von den wirklichen Herren unsrer Zeit.

Während die Arbeiter so schwer unter der allgemeinen Teuerung zu leiden haben, strömt den wirklichen Herren unsrer Zeit ein immer gewaltiger anwachsender Reichtum zu: das zeigt uns wieder in trocknen Zahlen die Bearbeitung der Geschäftsabschlüsse der deutschen Banken im Jahre 1909, die Robert Franz im Deutschen Ökonomen veröffentlicht hat und die jetzt als besondere Schrift erschienen ist. Selbstverständlich haben die deutschen Banken im letzten Jahre wieder ihre Machtstellung in unserm Wirtschaftsleben noch weiter verstärkt. Die Zahl der Banken ist zwar von 214 auf 213 zurückgegangen, dagegen sind die eignen Mittel der Banken von 4672,1 Millionen Mark auf 4842,2 und die eignen und fremden Kapitalien der Banken von 27560 Millionen Mark auf 29390 gestiegen. Dabei sind fast nur Banken mit mindestens einer Million Mark Aktienkapital berücksichtigt, weil die kleineren Banken ohne Bedeutung in dieser Beziehung sind.

Von den Banken sind 168 Kreditbanken. Ihr eignes und fremdes Kapital ist von 12661,5 Millionen Mark auf 13739,4 gestiegen. Davon kam ungefähr die Hälfte auf die 9 Berliner Großbanken, deren Kapital von 6333 Millionen Mark auf 6852 gestiegen ist. In Wahrheit aber ist der Einfluß der 9 Berliner Großbanken ein viel größerer. Tatsächlich, so bemerkt zu den angeführten Zahlen der Bearbeiter der Geschäftsabschlüsse, ist ein viel größerer Teil des gesamten Bankkapitals dem Einflusse der 9 Berliner Großbanken unterstellt. Die mit diesen Banken in irgend einer Form der Interessengemeinschaft verbundenen Provinzbanken sind zwar formell selbständige Institute, aber sie gehören doch zu einem Konzern, in dem die betreffende Großbank den Mittelpunkt darstellt. So umfaßt das Kapital der Gruppe der:

Deutschen Bank	4029 Millionen, gegen	
	3878	im Vorjahre,
Dresdner Bank	1550	gegen
	1361	im Vorjahre,
Diskonto-Gesellschaft	2292	gegen
	2087	im Vorjahre,
A. Schaaffhausenscher Bankverein	874	gegen
	875	im Vorjahre,
Bank für Handel und Industrie	1009	gegen
	919	im Vorjahre,
Commerz- und Diskonto-Bank	434	gegen
	384	im Vorjahre,
Mitteldeutsche Creditbank	201	gegen
	179	im Vorjahre,
Nationalbank für Deutschland	400	gegen
	334	im Vorjahre,
Berliner Handelsgesellschaft	487	gegen
	570	im Vorjahre.

Die 9 Berliner Großbanken verwalteten also Ende 1909 zusammen mit den ihnen angegliederten oder befreundeten Instituten ein Gesamtkapital von 11276 Millionen Mark gegen 10587 Ende 1908. Das sind rund 83% des gesamten von allen Banken verwalteten Kapitals. Mit diesem Kapital beherrschen sie die großen Unternehmungen in der Industrie und im Handel.

Diese Herrschaft muß das arbeitende Volk teuer bezahlen. Der Bruttogewinn der Banken betrug im letzten Jahre

637,43 Millionen Mark, gegen	
611,32	im Vorjahre und
145,71	im Jahre 1883.
Davon wurden als Dividenden an die Aktionäre gezahlt im letzten Jahre:	
285,09 Millionen Mark, gegen	
277,15	im Vorjahre und
84,05	im Jahre 1883.

Das arbeitende Volk sieht hieraus, wie sich der Reichtum unsrer Zeit immer mehr in der Hand einer kleinen Klique aufhäuft. Wenn auch das arbeitende Volk unter dem Drucke der Teuerung noch so sehr hungert, die Bankherren stecken immer mehr Millionen als Profit ein. Dabei haben sie so

gut wie gar keine Gefahr für ihren Reichtum zu befürchten. Vergleichen wir die Durchschnittsdividende aller Banken vom Jahre 1883 ab, so finden wir die niedrigste Dividende (6,02%) im Jahre 1901 und die höchste im Jahre 1899 (8,21%), im letzten Jahre betrug sie 7,74%. Die Schwankungen sind sehr gering: die Aktien der Banken sind sichere Papiere. Am besten stehen natürlich die Großbanken. Ihre Dividenden sind noch höher als der Durchschnitt für alle Banken.

Bezeichnend ist auch, daß, wie der Bearbeiter der Geschäftsberichte mit Recht hervorhebt, die Großbanken ihre Tätigkeit mehr und mehr auf das Ausland ausdehnen. So hat die Dresdner Bank sich an der Übernahme einer neuen Aktienmission der Banque S. Allard & Co. in Paris stark beteiligt. Dies hat die Bank in ihrem Geschäftsbericht mit dem Hinweis darauf gerechtfertigt, daß sie ihre gute Entwicklung im letzten Jahre unter anderm der Erweiterung ihrer Beziehungen zum Auslande verdanke und daß sie deshalb auf diesem Wege weiter fortschreiten wolle. Die Deutsche Bank hatte gegen Ende 1909 unter Übernahme des Bankhauses Bales & Co. in Brüssel eine neue Filiale errichtet. Die Nationalbank für Deutschland hat sich die Ausgestaltung ihrer Beziehungen zum Auslande ebenfalls angelegen sein lassen, indem sie in engere Geschäftsverbindung mit dem Credit Mobilier Français trat, der unter ihrer Mitwirkung sein Kapital von 25 Millionen Franc auf 45 erhöht hat. Eine größere wirtschaftliche Annäherung an das kapitalreiche Frankreich, heißt es in der Besprechung dieser Erscheinungen, ist schon lange unsrer Bankwelt als wünschens- und erstrebenswert erschienen. Nachdem sich die politischen Beziehungen zu unserm westlichen Nachbar seit Jahresfrist offenbar wesentlich günstiger gestaltet hatten, erachteten die Börsenbarone den Zeitpunkt für gekommen, um praktische Schritte nach jenem Ziele zu tun. Auch die Brüsseler Filiale der Deutschen Bank dürfte in dem kommerziell und industriell in sehr guter Entwicklung befindlichen Belgien eine fruchtbare Tätigkeit entfalten können. — Das klingt ganz anders als die „patriotischen“ Redensarten von dem „Schutze der nationalen Arbeit“, mit denen die Zollwucherer ihre schamlose Ausplünderung des arbeitenden Volkes zu beschönigen suchen und als die „patriotischen“ Hetzreden gegen das Ausland zur Rechtfertigung immer größerer Ausgaben für den Militarismus und Marinismus.

Schließlich sei auf eine neue Sorge hingewiesen, die den bürgerlichen Sozialpolitikern die Entwicklung der Großbanken und ihres Einflusses auf unser ganzes wirtschaftliches Leben bereitet: die Sorge, daß einmal die Leute fehlen könnten, die geeignet sind, die Großbanken zu leiten. Wenn derartige Persönlichkeiten fehlen, so liegt das, versichert der sehr sachkundige Bearbeiter des Materials, im hohem Grade am System. Es sei eine dauernde und berechtigte Klage der Beamten, daß es selbst für den Strebsamsten und Tüchtigsten, wenn er sich keiner „Konnexionen“ zu erfreuen hat, fast unmöglich ist, nach oben zu kommen, eine seinen Tätigkeiten entsprechende Position zu erlangen. Werden leitende Stellen frei, so werden sie immer häufiger besetzt aus den Kreisen der höheren Staatsbeamten, die meist in verwandtschaftlichen Beziehungen zu Verwaltungsmitgliedern der Banken stehen. Es sei nicht zu verkennen, daß die ganze Entwicklung der Großbanken einen Zug ins Bürokratische aufweist. Die Nachteile dieser Entwicklung können einmal zu einer wirklichen Gefahr werden, nicht allein für die Banken selbst, sondern für das gesamte Wirtschaftsleben:

„Man darf sich nämlich nicht darüber im Unklaren sein, daß in dem Maße, in dem durch die gekennzeichnete Entwicklung die privatwirtschaftliche Initiative gelähmt wird, der Weg frei gemacht wird für die Verwirklichung staatssozialistischer Tendenzen, die ja überall in unserm Wirtschaftsleben zutage treten und die sich nicht in letzter Linie gegen die bestehende Organisation unsres Bankwesens richten.“

So kann sich selbst ein bürgerlicher Sozialpolitiker, der aber einen genaueren Einblick in das Treiben der Großbanken hat, der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Entwicklung der Großbanken die „Gefahr“ des Staatssozialismus heraufbeschwört. Diese „Gefahr“ kann auch durch gute Ratschläge darüber, wie die Großbanken den Interessen der Gesamtheit am besten dienen können, nicht abgewendet werden. Denn die Großbanken können sich garnicht nach derartigen guten Lehren richten, die die bürgerlichen Sozialpolitiker schon so oft zum besten gegeben haben und immer von neuem wiederholen. Haben doch die Großbanken unter der Herrschaft des Kapitalismus gar nicht die Aufgabe, den Interessen der Gesamtheit zu dienen,

sondern sollen in erster Linie den Bankkapitalisten einen möglichst großen Profit liefern. Das geht aber nur durch eine möglichst starke Ausbeutung des arbeitenden Volkes. Deshalb müssen die Arbeiter, je mehr die Großbanken unser ganzes Wirtschaftsleben beherrschen, um so mehr dagegen aufgestachelt werden. Jedoch begnügen sie sich nicht mit dem Staatssozialismus, sondern werden dahin streben, daß die gewaltigen wirtschaftlichen Machtmittel der Großbanken nicht nur verstaatlicht, sondern auch nach dem Willen und im Interesse des arbeitenden Volkes nutzbar gemacht werden. Die Entwicklung der Großbanken arbeitet der Ablösung der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft durch die sozialistische Volkswirtschaft vor.

Stettiner Unternehmer als Denunzianten.

Geraume Zeit ist es her, als unter obiger Spitzmarke eine Notiz in dieser Zeitung erschien, die recht interessante Einzelheiten enthielt, die wert waren, sich damit näher zu beschäftigen. In einer Versammlung der Gruppe Stettin des Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands wurde durch die Unternehmer Klage geführt über die „Gehilfenaufzucht“ vonseiten der auf dem hiesigen Hauptfriedhofe beschäftigten städtischen Gärtner. Es war beschlossen worden, daß dieserhalb der Obmann und der Schriftführer beim Friedhofsdirektor vorstellig werden sollten. Außerdem wurde die Lanzierung des in dieser Zeitung veröffentlichten Artikels in den Stettiner „Volksboten“ kritisiert. Das Benehmen der Gehilfen wurde, weil sie sich vorher nicht mit den Arbeitgebern in Verbindung gesetzt hätten, als ungehörig bezeichnet.

Schon gleich nach dem Lesen dieser Nachrichten wollte Schreiber dieses mit der oben angeführten Unternehmergruppe sich auseinandersetzen; wenn es erst jetzt geschieht, so deshalb, weil die organisierten Kollegen erst abwarten wollten, ob wohl die Herren Arbeitgeber solche schofle Handlungsweise begehen würden. Zuzutrauen war es ihnen allerdings, denn unsre damals noch kleine Organisation wuchs rapid, trotz aller Quertreibereien der Unternehmer, die sehr gut wußten, daß mit dem Erstarken unsres Zweigvereins alle die Mißstände, wie sie grade in Stettin noch so sehr vorhanden sind, allmählich aufhören müßten. Wer Stettiner Verhältnisse kennt, weiß, wie schwer es ist, unter den hier beschäftigten Kollegen den Gedanken der Organisation auszubreiten, der weiß aber auch, daß das Unternehmertum, mit verschwindend wenigen Ausnahmen, allen Anforderungen, die die moderne Zeit stellt, sich verschließt. Aus kleinen Verhältnissen hervorgegangen, wie die Stettiner Arbeitgeber größtenteils, können sie sich nicht darin finden, daß die neue Zeit einen neuen Menschenschlag hervorgebracht, der vorwärts strebt, unter andern Verhältnissen für sich und die Seinen ums Dasein kämpfend. Kraß, wie kaum woanders, vertritt jeder seinen „Herrn im Hause“—Standpunkt, und eben aus diesem Grunde sehen sie jeden, der an dem Gebäude ihrer Denkgangsart rüttelt, als Hetzer und Wühler an. Sie wollen nicht einsehen, wie traurig die Verhältnisse für die arbeitenden Gärtner sind, und darum muß der hinaus, der ihnen einmal gefährlich werden könnte, wenn auch die Mittel, solche „Gesellen“ unschädlich zu machen, noch so sehr mit dem Moralgefühl der Gesamtheit kollidieren. „Der Zweck heiligt die Mittel“ ist ihr oberster Grundsatz. Also gut.

Eines schönen Tages erscheint der Obmann (pardon! der erste Mann der pommerischen Gärtner) mit seinem Gesinnungsgenossen, um mich bei der Friedhofsverwaltung als „Oberhetzer“ zu denunzieren. In bewegten Worten schilderte er dem Friedhofsdirektor die überaus traurige Lage der — Arbeitgeber hier an Orte, und welche Verarmenheit es davon den Gehilfen sei, sich zusammenzuschließen, um noch mehr Lohn zu erhalten, trotzdem es doch unmöglich sei, noch mehr zu zahlen. Besonders hatte es dem Herrn der Artikel in Nummer 17 dieser Zeitung angetan; denn mit größter Entrüstung zeigte er diesen dem Herrn Direktor in der Hoffnung, daß letztgenannter eins mit ihm sei, in der Meinung, daß es eine Frechheit wäre, dem Unternehmertum in solcher Weise zu nahe zu treten. Doch beide Herren hatten sich getäuscht. Der Friedhofsdirektor hielt sich zu gut, Hausknecht für solche rückständigen Elemente zu sein und zeigte sich auch, wenigstens zu damaliger Zeit, als ein modern denkender Vorgesetzter. — Eine moralische Ohrfeige für Sie, nicht wahr, Herr Eichholz? Aber hatten Sie denn dem Direktor nicht auch erzählt, unter welchen Existenzbedingungen die Gehilfen allgemein leben? Nein?

Ach, wie schade! Aber seien Sie unbesorgt, ich habe es an Ihrer Stelle getan. Sie hätten ihm doch nur ruhig erzählen sollen, daß bei Ihnen „nur“ 14 Stunden gearbeitet wird und daß auch von Ihrer Seite, als frommer Mann, das dritte Gebot gehalten wird, wo doch Sonntags „nur“ 6 Stunden gearbeitet wird, am Charfreitag wurde sogar „schon“ um 4 Uhr nachmittags Schluß gemacht. Daß Sie einem Gehilfen das horrende Gehalt von 12 Mark gezahlt haben, und ihm gratis dazu noch eine Tracht Prügel verabfolgt, spricht auch sehr für Sie. Jedenfalls können Sie gegen uns jetzt unternehmen, was Sie nur wollen; es wird Ihnen nicht gelingen, uns lahm zu legen.

Durch solche Handlungsweise stellt sich das hiesige Unternehmertum ein glänzendes Zeugnis aus, und wir werden unsere Maßnahmen dagegen zu treffen wissen.

Um überhaupt einen Überblick über die hiesigen Verhältnisse zu erhalten, machten wir uns das Vergnügen, sämtliche gärtnerischen Betriebe statistisch aufzunehmen, und jetzt können Zahlen beweisen, was immer von gegnerischer Seite bestritten wurde. Die Statistik umfaßt 60 Betriebe mit 320 Beschäftigten, davon sind 123 Gärtnergehilfen und 51 Lehrlinge. Als Großbetrieb kann keiner der Betriebe angesehen werden, denn allein 15 Betriebe arbeiten mit nur einem Gehilfen, während in 6 Betrieben nur mit Lehrlingen gearbeitet wird. Daß das Kost- und Logiswesen, dieses Überbleibsel einer vergangenen Zeit, hier noch sehr vorherrschend ist, beweist der Umstand, daß noch 40 Betriebe diese Wohlthaten 73 Kollegen angedeihen lassen. Die große Mehrzahl aller Kollegen ist noch ziemlich jung, denn 60 Kollegen hatten noch nicht das zwanzigste Lebensjahr überschritten.

Annehmbare Löhne gehören ebenfalls ins Reich der Fabel, denn 27 Kollegen erhielten noch einen Lohn bis höchstens 25 Mark pro Monat; bis 35 Mark sind es 28 Kollegen. Speziell in den Handelsgärtnereien ist die Arbeitszeit eine unverschämte lange, allein in 16 Betrieben währt sie über 12 bis 14 Stunden; daß derjenige, der in der Woche schwer gearbeitet, auch Sonntags einmal Anspruch auf einen Ruhetag erheben kann, will auch durchaus nicht einleuchten. Allein 72 Gehilfen versehen Sonntagsdienst, davon 30 über 3 bis 7 Stunden. In 14 Betrieben ist die Kost und in 10 Betrieben die Wohnung als „durchaus nicht gut“ bezeichnet worden. In 6 Betrieben konnten wir feststellen, welchen innigen Anteil gewisse Tiere den Bewohnern der oft herrlich ausgestatteten Gehilfen „salons“ entgegenbrachten. „In Stuttgart haben wir auch Wanzen gehabt!“ sagte Herr Eichholz zu seinen Gehilfen, als diese sich mit einer Beschwerde an ihn wandten. Gewiß eine sehr verständige Ansicht. Man überläßt es einfach dem Arbeitnehmer, mit diesen Aussauern ebenfalls fertig zu werden. — In der Landsgärtnererei wird pro Stunde 30 bis 40 Pfg. gezahlt. Hand in Hand mit so herrlichen Zuständen herrscht ein beständiger Stellenwechsel, der es sehr schwer macht, in der Organisation Fortschritte zu erzielen. Weniger als 1 Jahr waren 68 Kollegen in den Betrieben beschäftigt.

Hat man nach all diesem noch die Stirn, uns die Existenzberechtigung abzuspüren? Das sind nur nüchterne Zahlen, aber sie beruhen auf Wahrheit.

Als „ungehörig“ zu bezeichnen, was unser gesetzlich gewährtes Recht ist, haben unsere Arbeitgeber am allerwenigsten Ursache. Wir werden auch in der Zukunft den Weg gehen, der uns als der richtige erscheint, um hier ein Besserwerden zu erzielen.

Ehre, wem Ehre gebührt. Achtung vor jedem offen und ehrlich seine Ansichten verfechtenden Gegner. Aber, wenn böswillige Verleumdung zu erreichen versucht, was im offenen Kampfe nicht möglich, so haben sich jene Herren des Anspruchs auf Achtung begeben.

Wir wollen vorwärts, und wir haben den Mut, für unsere Sache voll und ganz einzustehen. Fort mit dem Kost- und Logiszwang, fort mit den schlechten Löhnen! Das ist unser Bestreben, und das werden wir durchsetzen.

Wenn ich auch jetzt so ziemlich sub- und existenzlos bin, es schadet nichts; für unsere gerechte Sache bringen wir auch das größte Opfer. Es kommt die Zeit, wo einmal Abrechnung gehalten wird mit jenen Arbeitgebern; daß es nicht mehr so lange dauert, soll unsere Aufgabe sein.

Kollegen Stettins, die ihr für unsere Sache noch nicht zu bewegen waret, schließt Euch uns an und zeigt, daß auch dem Unternehmertum Grenzen gesetzt sind. Ihr seht, wie schlecht es mit Euch steht. Helft darum mit, bessere Zustände zu schaffen. Schon haben wir eine festgefügte

Organisation am Orte; sorgt dafür, daß sie immer weiter sich ausdehnt. Rafft auch Ihr Euch aus der jahrelangen Lethargie empor und beweist, daß jeder Versuch, uns niederzuringen, nur eine Don Quichotterie, ein Kampf gegen eine Windmühle ist!

Schweres haben wir schon durchgemacht; schweres steht uns noch bevor. Allein, im festen Vertrauen auf unsere eigene Kraft und die Gerechtigkeit unserer Sache muß auch dies noch überwunden werden. Je schwerer der Kampf, um so schöner der Sieg.
W., Stettin.

Eine Stadtgärtnerei wie sie nicht sein soll,

nein, wie sie in der heutigen Zeit nicht mehr sein darf, in der Zeit, die man so gern die des sozialen Fortschritts, besonders auf dem Gebiete der kommunalen Arbeiterpolitik, nennt, ist der Betrieb der Stadtgärtnerei in Hagen i. W. Hagen ist Industrie- und Großstadt, hat einen freisinnigen Oberbürgermeister, einen neuen komfortablen Millionenbau von Hauptbahnhof, erstklassige Hotels und schöne Anlagen. Die reichen Leute haben viel Geld, womit sie sich auf Kosten der großen Masse der Arbeiterschaft das Leben recht gemütlich, fast zu gemütlich machen können. Machten doch vor einiger Zeit die Intimitäten aus den Kreisen der Hagener bessern — Backfische viel von sich reden.

Nun sollte man meinen, auch für die armen Gärtner der reichen Stadt fiele bei diesem Wohlleben etwas ab; doch weit gefehlt. Es ist ja überhaupt bald eine Selbstverständlichkeit geworden, daß kommunale Betriebe keine Musterbetriebe sind. Zur Sache:

Hagen hat einen Stadtgärtner, dem unterstehen ein Obergehilfe, 3 Gehilfen und 2 Arbeiter. Der Stadtgärtner hat ein Jahresgehalt, der Obergehilfe wohl einen Tagelohn. Soweit, sogut. Die Gehilfen und Arbeiter jedoch haben Stundenlöhne, was an und für sich schon verwerflich ist. Wochenlöhne verlangen wir für städtische Betriebe, und Tagelöhne sind das mindeste, was man verlangen kann und was eine ganze Reihe Städte ihren Gärtnern auch schon zahlen. Diesen Stundenlöhnen in Hagen liegt eine wohlüberlegte Berechnung zugrunde. Im Sommer werden 11 Stunden gearbeitet — sage und schreibe 11 Stunden im städtischen Betrieb —; diese Arbeitszeit forderten wir 1900 für die gewerblichen Gärtnereien. Doch im Herbst und Winter fällt die Arbeitszeit auf 9 bis 8 Stunden, und hier schaut so recht der Pferdefuß der Stundenlöhne heraus. Die Reichen fahren ja zur Winterszeit nach dem sonnigen Süden, der Gärtnergehilfe, der einen Teil seines minimalen Lohnes für Heizung, Licht und wärmere Kleidung braucht, kann ja — „Kohl dampf schieben“, so lautet der landläufige Ausdruck.

Und nun die Höhe der Stundenlöhne? Diese betragen bei den Gehilfen, von denen zwei — 21 Jahre, einer 18 und besserer Herkunft, akademisch gebildet ist, 36 (sechsendreißig) Pfennig. Ein Arbeiter erhält 40, der andre 38 Pfg. Doch die Hagener Stadtväter haben auch ein sozial empfindendes Herz, sie haben den städtischen Gärtnern eine steigende Lohnskala bewilligt. Die Löhne steigen nach dieser pro Jahr und Stunde um 1 (einen) Pfennig bis zur Höchstgrenze von 40 Pfg. Da hörts dann auf; wer mehr verdienen will, muß sich nach anderer Beschäftigung umsehen.

Eine Lichtseite finden wir im ganzen Betriebe; die Überstunden werden mit 30 Prozent, die Sonntagsarbeit wird mit 50 Prozent Aufschlag bezahlt; doch — wer will im städtischen Betriebe nach 11 Arbeitsstunden noch Überstunden machen? Denn nur der Sommer kommt hierfür in Frage.

Alles in allem betrachtet, finden wir also in einer industriellen Großstadt in der Stadtgärtnerei Zustände, die die schärfste Kritik hervorrufen. Die Kollegen des Betriebs selbst sind kaum zu bewegen, etwas zu unternehmen, denn sie sind nicht organisiert. Darum müssen wir an die Öffentlichkeit gehen.

Noch eins. Der Herr Stadtgärtner Massias in Hagen ist Schriftführer im Hauptvorstande des „Deutschen Privat-Gärtner-Verbandes“ und führt dessen Stellennachweis. Der eine oder andre seiner Gehilfen ist vielleicht auch in diesem Verbandsverbande. Es bleiben Herrn Massias zwei Möglichkeiten, unsere Forderungen, die wir (aufgrund seiner führenden Stelle im Privatgärtnerverband) an ihn zu stellen berechtigt sind, zu erfüllen: Erstens. Er schafft seinen Gehilfen und Verbandskollegen eine anständige Arbeitsstelle in seinem Betriebe. Das wäre der sicherste und gradeste Weg, der uns auch gangbar erscheint, da auch Herr Oberbürgermeister Cuno von

Hagen ein Förderer des D. P. V. sein soll, der besonders die Bestrebungen, betr. Erreichung des Privatbeamtencharakters für Privatgärtner, unterstützt. (Zum städtischen Beamten gehört nun einmal ein anständiges Gehalt.) Zweitens. Herr Massias verschafft seinen Gehilfen durch seinen Verbandsstellennachweis eine bessere Stellung in der Privatgärtnerei.

Da schlechte Zustände in Stadtbetrieben eine ständige Gefahr für unsere Kollegen in der gewerblichen und der Privatgärtnerei bilden, haben wir alle Ursache, damit aufzuräumen. Der sicherste Weg zur Erreichung menschenwürdiger Lohn- und Arbeitsbedingungen ist der Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation, den Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein; den mögen nicht nur die Hagener Kollegen der Stadtgärtnerei betreten, sondern das sollen die Kollegen auch in allen andern Orten, wo sie im Dienste der Stadt stehen, dann erst werden diese Betriebe Musterbetriebe im wahrsten Sinne des Wortes werden.
Link, Düsseldorf.

Villa Hailmann, Bad Kissingen.

Die Gärtnerstelle in oben genannter Villa (Besitzerin Frau Kommerzienrat Hailmann) dürfte wert sein, hier näher besprochen zu werden.

Der Villengarten der millionenschweren Frau Kommerzienrat ist ungefähr 2 1/2 Hektar groß. Daneben gibt es einen Wintergarten, Gewächshaus (Riesenkasten 8 m hoch, 35 m lang, 7 m breit), mehrere zerbrochene Frühbeetkästen, ein Stück Gemüseland und einen Obstgarten zu besorgen.

Verlangt wird alles mögliche, jedoch fehlt es an genügenden Arbeitskräften, um das Anwesen nur einigermaßen in Ordnung halten zu können. Von April bis Oktober wird ein Arbeiter zuhülle gestellt, die übrigen Monate ist der Gärtner nur allein da.

Dazu hat man einen feinen Trick ausgedacht, dieser soll zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Zu privaten Spazierfahrten und Jagdtouren hat man 4 Pferde im Stalle stehen, zu deren Pflege 2 Kutscher bedienstet sind. In ihrer freien Zeit sollen diese 2 Leute mit im Garten helfen, was aber gleich Null ist; denn wenn der jeweilige Gärtner nicht alle Tage darum Krieg führt, dann ist niemand zu haben, obwohl man es den Leuten nicht verdenken kann, wenn sie sich nicht ausnützen lassen wollen. Doch der Gärtner ist hierbei stets der Genepte, der Dumme. Für Arbeit ist also über die Maßen gesorgt. Gezahlt wird dagegen ganze 50—55 Mk. pro Monat nebst freier Station. Die Kost ist als ungenügend zu bezeichnen; es gibt früh Kaffee mit zwei Brötchen, um 10 Uhr Butterbrot und Kaffee, mittags die ganze Woche Rindfleisch ohne Abwechslung, außer am Sonntag. Donnerstag 4 Uhr: trocknes Brot und Kaffee, am Abend für 5 Pfg. Wurst, Suppe oder Gemüse, das vom Mittag übrig geblieben ist. Ich rechne diese Kost mit 1,25 Mk. pro Tag an.

Das Logis ist ein feuchter, dumpfer Keller, der unmittelbar am Gewächshause liegt. Dieser Raum würde sich eher zur Überwinterung von Kalthauspflanzen, als zur Wohnung für einen Menschen eignen.

Das Mobiliar: ein Bett, Tisch, Stuhl, Schrank, Kleiderständer, alte Komode, zusammengesuchter Waschständer, ein Stück Schüssel. Der Fußboden ist zementiert. Einen Ofen gibt es nicht, denn es kostet zuviel Feurung.

Mein Nachfolger, der hier wieder einziehen muß, soll die Bude etwas restauriert bekommen, und soll der Fußboden mit Linoleum gedeckt werden. Wohl existiert hier eine geräumige Kutscher- und Gärtnerwohnung, doch diese hat man an einen verwandten Rentner, so weit mir bekannt, gratis abgetreten, und darf der gute Mann diejenigen Räume, die er für sich nicht verwenden kann, den Sommer über an Kurgäste vermieten; im Winter stehen diese Zimmer leer.

Als Gegenleistung werden Kontroll- und Spitzeldienste geleistet.

Die Kutscher hat man auf den Heuboden, den Gärtner in den Keller gesteckt. Und das Problem ist gelöst.

Bei meinem Antritt hatte ich gleich darauf hingewiesen, daß ich mir die Beköstigung vier Wochen mit ansehen will, wie ich auch gegen die Wohnung meine Bedenken erhob. Es vergingen 6—8 Wochen, niemand regte sich wegen meinen Ansprüchen, die Kost und das Logis außer dem Hause zu gewähren; nur hatte die Frau Kommerzienrat recht oft dringende Wünsche und Anordnungen, so daß mir die Geschichte bald zu bunt wurde.

Tagsüber anstrengende körperliche Tätigkeit, unter dauernder Aufsicht bei der schon erwähnten

guten Kost, nachts keinen Schlaf in der feuchten Bude. Wahrlich, eine moderne Zwangsanstalt! Infolgedessen wurde ich krank und verlangte, ausquartiert zu werden, wenigstens müßte ich eine gesunde Wohnung haben. (Es war in der Hochsaison, man schien eine geeignete Zeit zu suchen, um mich auf die Straße zu setzen.) Am folgenden Tage offenbarte mir die Frau des Hauses, man wolle nicht, daß ich krank werde, ich könne ins benachbarte Hotel ziehen, wo man mir ein Zimmer gemietet. Diesen Umzug bewirkte ich sofort und vertauschte meine feuchte Bude mit einer gesunden Wohnung.

Der Herbst rückte heran, die Blätter begannen zu fallen. Ich holte meine Septemberlöhnung. Meine gültige Arbeitgeberin fragte mich halb betroffen: ich möchte wohl gern außer dem Hause Kost und Logis haben und was ich denn pro Monat beanspruchen würde. Um in Kissingen durchzukommen, müßte ich 150 Mark für meine Arbeit in Anrechnung bringen, war meine Antwort. Darauf: Das wolle man sich noch überlegen.

Nach einigen Tagen (ich war in der Villa beschäftigt) trat die Frau Kommerzienrat sichtlich verlegen an mich heran und offenbarte mir, daß man nur 130 Mark pro Monat zahlen wolle. Ich stimmte dem zu, und sollte der neue Vertrag ab 1. Oktober in Kraft treten.

So recht traute ich diesem Manöver nicht, und sollte sich meine Vermutung bald bewahrheiten. Nach kurzer Zeit ließ man mich wieder zur Herrschaft rufen und begann in derbem Arbeitgeberrone, man habe erfahren, daß über die Herrschaft von meiner Seite abfällige Äußerungen gefallen seien, dies könne man sich nicht gefallen lassen. Infolgedessen müßte ich mir eine andre Stelle suchen. Meine dagegen erhobene Rechtfertigung blieb ungehört. Das Urteil war gesprochen, das heißt schon vorher fertig gewesen.

Mein Nachfolger kommt nun wieder zu den alten Bedingungen her. So lange diese und ähnliche Stellen, auf ein kurzes Inerat, mit 30—40 Angebotenen überlaufen werden, wird es schwer halten, geordnete Zustände einzuführen. Das soll uns aber nicht abschrecken, fortzufahren, aufklärend und belehrend zu wirken, sondern ein doppelter Ansporn sein für einen Zusammenschluß zu wirken, damit diese menschenunwürdigen Zustände in unserm Berufe beseitigt werden. Daher, ihr Kollegen, namentlich ihr älteren, die ihr verheiratet seid und unter dem Drucke am meisten zu leiden habt, tretet ein in unsre Organisation, den A. D. G. V., stärkt unsre Reihen zum Kampfe gegen diese Unterdrückung. Vereinzelt sind wir nichts, geschlossen eine Macht, die Berge rücken kann.

St. K.

Von der Hyänennatur des christlichen Gärtnerverbandes.

Der christliche Gärtnerverband hat seit seiner Gründung mancherlei Veränderungen durchgemacht, äußerlich und innerlich. Von der Streikbrecherei in Berlin 1905/6 bis zur Mitbeteiligung an Streikbewegungen und der Aufstellung eines Streikreglements im Anhang zu seinem Statut ist kein kleiner Weg. Erwägt man noch, daß man in der Hauptleitung des christlichen Verbandes sogar die Kraft aufgebracht hat, sein schimpfliches Verhalten in 1905/6 als ein solches auch preiszugeben (in der „Deutschen Gärtnerzeitung“ Nr. 13 vom 1. Juli 1910 zum Beispiel kann man lesen: „Wohl sind unsrerseits (1905/6) grobe, taktische Fehler gemacht worden, die mit den gewerkschaftlichen Grundsätzen nicht in Einklang zu bringen sind...“), dann könnte man am Ende fast sagen, der christliche Gärtnerverband von heute sei ein besserer als der um 1905/6, er habe sich nach der gewerkschaftlichen Seite hin vortrefflich geläutert. Wir würden uns aufrichtig freuen, wenn wir ihm dieses Zeugnis ausstellen könnten. Allein, wir können das leider nicht. Denn trotz der angeführten löblichen Erscheinungen, die aus den letzten Jahren und der jüngsten Zeit stammen, treten doch immer wieder auch andre Erscheinungen an das Tageslicht, die dartun, daß die schon angenommene gewerkschaftliche Kultur dem christlichen Verbands nur von uns aufgedrängt worden ist, daß der christliche Verband diese nicht von innen heraus, sondern entgegen seinem Wesen angenommen hat, weil er sonst bei den Gärtnerarbeitnehmern allen Kredit eingebüßt haben würde. Immer wieder tritt das Bestreben zutage, auf Kosten der Freiheits- und Fortschrittsbestrebungen der Kollegen im Trüben zu fischen, gewerkschaftliche Freibeuterei zu treiben und die Schlachtfelder des A. D. G. V. als hungrierige

Hyänen zu beobachten und zu überfallen, wenn dazu eine günstige Gelegenheit geboten wird.

So machte man es im Herbst 1905 bis Winter 1906 in Hamburg (vergleiche unsre Broschüre „Der christlich-nationale deutsche Gärtnerverband“, Seite 33), so 1906 in Frankfurt a. M. (vergleiche dieselbe Broschüre, Seite 34), so später an andern Orten. Immer wieder drängte die Hyänennatur nach außen. Eine Zeitlang trat eine kleine Pause ein. Es schien, als wäre diese Natur überwältigt. Das war indessen Täuschung. Es hatte bloß keine passende neue Gelegenheit gegeben!

Da stand der A. D. G. V. wieder einmal mit dem Unternehmertum in einem schweren Kampfe, im Frühjahr 1910 in Bremen. Nach einem Streik von sieben Wochen mußten wir den Kampf abbrechen. Wir hatten nun alle Mühe, nur die Rachegefühle des Unternehmertums abzuwehren. Und just in dieser Lage erscheint auf der Bildfläche — der christliche Gärtnerverband! Wieder selbstverständlich in der Berechnung, daß er dem Unternehmertum gerade zur rechten Zeit komme und daß dieses ihm dafür seine Unterstützung leihen werde. Man beruft zum 27. August eine Versammlung und lädt zu dieser nur „Arbeitswillige“ und ähnliche ein, und sucht andre davon fernzuhalten: Beweis genug dafür, daß man der Verächtlichkeit seines Unternehmens bewußt gewesen ist. Wenn der Vorstoß erfolglos verpuffte, so doch nur, weil selbst die, auf die man spekuliert hatte, es geratener hielten, abseits zu bleiben. (Näheres über diese Bremer Sache vergleiche unter „Korrespondenzen“ in der heutigen Nr. d. Ztg.)

Ein zweiter Fall ereignete sich in der neuesten Zeit in Wilmersdorf bei Berlin. Der A. D. G. V. steht dort in einem schweren Kampfe um das Koalitionsrecht der Gehilfen und Arbeiter in der dortigen Stadtgärtnerei. Als hauptsächlichster Gegner kommt der betriebsführende Obergärtner Thieme in Frage, der deswegen Gegner ist, weil er annimmt, es sei der A. D. G. V. oder Mitglieder des A. D. G. V. gewesen, die ihn wegen unläuterer Mächtschaften bei seiner vorgesetzten Behörde und bei der Staatsanwaltschaft angezeigt haben. Herr Thieme, dem von vorgesetzter Stelle bedeutet wird, daß er das Koalitionsrecht zu respektieren habe, erinnert sich in dieser für ihn sehr unangenehmen Lage des — christlichen Verbandes, jenes Verbandes, über den er gehört, daß dieser immer zu haben sei, wenn es im Trüben etwas zu fischen gibt. Der Büroarbeiter Schmidt wird von Thieme bestimmt, dieserhalb mit Herrn Banner, dem Vorsitzenden des christlichen Verbandes, Rücksprache zu nehmen. Herr Banner erscheint im Büro der Wilmersdorfer Gartenverwaltung; die Besprechung findet statt*); die „Christen“ erscheinen mit einer heimlichen Versammlung auf dem Plane — just in der Zeit, wo wir um das Koalitionsrecht ringen —; sie spielen sich zwar auch als „Gewerkschaftler“ auf, aber ihre einzige Aufgabe ist doch, den Koalitionsverächter und -Bekämpfer Thieme ein Rausreißer zu werden! Das ist Thiemes Zweck, und das weiß Banner.

In ehrlicher Konkurrenz vermögen die „Christen“ gegen uns nichts, das wissen sie. Darum kehren sie, wo sich Gelegenheit dazu gibt, wieder zu ihrer Hyänennatur zurück.

Vorsicht, Ihr Kollegen im Lande!

Ein Minister gegen den Streikbruch.

Natürlich ist in diesem Falle von keinem deutschen Minister die Rede. Wie sollte auch wohl so etwas vorkommen! Der Minister, der sich gegen den Streikbruch ausspricht, heißt San Giuliano und ist Minister des Äußeren in der italienischen Regierung. Wie das in Triest erscheinende italienische Organ des österreichischen Metallarbeiterverbandes berichtet (Nr. 10 vom 10. September), waren die italienischen Genossen Cabrini und Quaglino beim Minister San Giuliano vorstellig geworden, um diesen zur Ergreifung von Maßregeln zu veranlassen, die es erschweren, italienische Arbeiter als Streikbrecher ins Ausland zu locken. Bei dieser Gelegenheit sagte der Minister:

*) Das „Wilmersdorfer Tageblatt“ vom 14. Oktober 1910 berichtet über eine Versammlung der städtischen Gärtner und Gartenarbeiter in Wilmersdorf (die von uns, dem A. D. G. V. einberufen war, um das Treiben der „Christen“ aufzudecken). Dieses Blatt gibt da aus der Diskussion u. a. folgendes wieder: „Kwasnik fragte darauf den Vorredner (Banner) direkt, wer von der Stadtgartenverwaltung auf dem Verbandsbüro gewesen sei und mit wem der Verbandsvertreter verhandelt habe. Herr Banner gesteht darauf, daß der Büroarbeiter Schmidt von der Wilmersdorfer Verwaltung auf dem Verbandsbüro, und daß er (Banner) selbst beim Obergärtner Thieme gewesen sei. Er habe allerdings den Eindruck bei dieser Unterredung gewonnen, daß Herr Thieme ein starkes Interesse daran gehabt habe, die christlich-nationale Organisation nach Wilmersdorf zu ziehen.“

„Es gibt Leute, die es freut, daß ausländische Unternehmer unsre Arbeiter in ihren Dienst stellen, um die Löhne zu drücken und die Arbeit zu verlängern. Mir macht dies keine Freude; im Gegenteil bin ich sehr betrübt darüber, weil unsre Arbeiter sich damit in den Augen der Arbeiter des Auslandes erniedrigen und damit dem guten Rufe des italienischen Volkes Schaden zufügen und Abneigung und Haß hervorrufen.“

Die italienische Regierung ist natürlich ebenfalls weit davon entfernt, alle Wünsche zu erfüllen, die die Arbeiterklasse an sie zu richten hat. Wenn aber ein deutscher Minister sich erlauben wollte, so etwas zu sagen, so könnten wir einen netten Scharfmacherspektakel erleben.

Rundschau.

Berlin, den 8. November 1910.

Der nächste Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands findet 1911 in Dresden statt. Die Zeit der Tagung wird noch später bestimmt. Eine am 10. und 11. Oktober in Berlin abgehaltene Konferenz von Vertretern der Verbandsvorstände entschied sich für Dresden als Kongreßort deshalb, weil im nächsten Jahre in Dresden eine internationale Hygieneausstellung stattfindet, an der sich die Zentralverbände beteiligen werden. Mit dieser Ausstellung soll eine Heimarbeitsausstellung verbunden werden. Auch hierzu wurde die Anteilnahme beschlossen. Zur Vorbereitung aller notwendigen Schritte wurde ein Organisationskomitee aus elf Vertretern der Berufsgruppen und zwei Vertretern der Generalkommission eingesetzt.

In die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission tritt am 1. Januar 1911 Genosse Max Schippel ein. Die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission wurde am 1. April d. Js. eingerichtet. Sie steht unter Leitung des Genossen Robert Schmidt, der seine Stellung im Zentral-Arbeitersekretariat aufgab, um in das sozialpolitische Bureau einzutreten. Mit der Abteilung sind auch die Geschäfte der bisherigen Kommission für Bauarbeiterschutz, zur Bekämpfung des Kost- und Logiszwanges, sowie der Gewerbegerichtsbeisitzer (Arbeitnehmer) verbunden worden. Der bisherige Angestellte der Bauarbeiterschutzkommission, Genosse Heinke, trat sogleich mit der Übergabe der Geschäfte dieser Kommission in die sozialpolitische Abteilung ein.

Das moralische Recht zur Verweigerung von Streikarbeit gerichtlich anerkannt hat das Gewerbegericht Altona in einer Klage zweier Maschinenbauer gegen die Firma Menk & Hambrook in Ottensen. Die Kläger waren ohne Einhaltung der Kündigungsfrist entlassen worden, weil sie Streikarbeit verweigert hatten. Außerdem war ihnen der Lohn einbehalten worden. Das Gericht verurteilte die Firma zur Zahlung des einbehaltenen Lohnes, wies aber die Kläger mit weitergehenden Ansprüchen wegen der kündigungslosen Entlassung ab, indem es begründend ausführte: „Wohl müsse bei der ganzen Sachlage als richtig unterstellt werden, daß die Zumutung, Streikarbeit zu verrichten, eine Verletzung des persönlichen Ehrbegriffs klassenbewußter Arbeiter sei. Die Arbeiter hätten daher zwar das moralische Recht zur Verweigerung der Streikarbeit, dieses moralische Recht könne aber nicht zur Anwendung kommen, weil das gesetzliche Recht anders ist. Aus diesem Grunde müsse die Abweisung der weiteren Klage erfolgen.“

Der christliche Vertrauensmann als Streikbrecher. Vor dem Schöffengericht in Köln standen zwei Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes unter der Anklage, den Arbeitswilligen Hambach im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung mißhandelt und genötigt zu haben. Dieser Arbeitswillige Hambach beteiligte sich nicht an dem Streik der Metallarbeiter bei der Firma Mauer in Köln-Ehrenfeld, obwohl er Vertrauensmann und zweiter Kassierer des christlichen Metallarbeiterverbandes war. Seine beiden Verbandskollegen sprachen ihn morgens an und stellten ihn zur Rede. Schließlich wurden die christlichen Streikposten gegenüber ihrem arbeitswilligen Vertrauensmann tötlich, wobei der eine sich eines Regenschirmes bediente. Hierauf zog dieser christliche Arbeitswillige eine zolldicke, wohl einen drittel Meter lange Eisenstange hervor, die er sich zu diesem Zwecke eigens abgesägt hatte, und schlug dem einen Verbandsbruder demmaßen über den Kopf, daß das Blut strömte. Der unverletzte Streikposten verprügelte darauf den traurigen Helden noch weidlich. Das Gericht verurteilte die Streikposten zu je einem Tag Gefängnis.

[Christgewerkschaftliche Tarifvertragspraxis. In Allenstein i. Ostpr. wurde am 15. März 1907 von dem christlichen Gewerkeverein der Bauhandwerker ein Tarif auf zwei Jahre abgeschlossen, dessen § 9 folgendermaßen lautet:

„Die Arbeitgeber für das Baugewerbe zu Allenstein verpflichten sich, in erster Linie nur christlich organisierte Maurer, Zimmerer oder Arbeiter zu beschäftigen. Werden Nichtmitglieder der christlichen Organisation beschäftigt, so sind diese unter dem tarifmäßigen Lohne zu entlohnen. Wieviel diesen Nichtmitgliedern gelohnt werden kann, steht jedem Arbeitgeber frei, jedoch muß der Lohnsatz mindestens drei Pfennig weniger betragen, wie im Tarif festgelegt.“

Also: geringern Lohn für Anders- und für Nichtorganisierte. Und das zwar aus dem einzigen Bestreben, um damit Anders- oder Nichtorganisierte in den „christlichen“ Gewerkeverein hineinzupressen. Wenn Freigewerkschaften sich so etwas erlauben würden, dann sollte man einmal das Gezeter über „Terrorismus“ und dergleichen hören!

München-Gladbacher Erziehung. Die christliche Gewerkschaftspresse zeigt wieder einmal an der demagogischen Ausschlagung einer Bagatellsache gegen uns ihre christliche Erziehung. — Vor kurzem erhielt der Geschäftsführer der Genossenschaft „Hoffnung“ in Köln ein Strafmandat in Höhe von 10 Mk., weil im Bäckereibetriebe der „Hoffnung“ die Sonntagsruhebestimmungen des Kölner Regierungspräsidenten nicht eingehalten wurden. Tatsächlich hat die Verwaltung der „Hoffnung“, wie alle übrigen Brotfabrikanten von Köln und Umgegend bisher auf dem Standpunkt gestanden, daß für Bäckereigrößbetriebe nicht die Verordnung des Kölner Regierungspräsidenten, sondern eine Verfügung des preuß. Handelsministers aus dem Jahre 1895, die für Bäckereien lediglich eine 14stündige Sonntagsruhe bestimmt, Geltung hat, da in diesen Brotfabriken sowieso nur an sechs Tagen der Woche gearbeitet wird und die Ruhezeit für die Bäcker in die Zeit vom Sonnabend auf Sonntag fällt. Volle 15 Jahre hat diese Ansicht auch gegolten, ja, selbst die aufsichtführenden Behörden scheinen derselben Meinung gewesen zu sein, da in der ganzen Zeit in gleicher Weise in den Brotfabriken gearbeitet wurde. Als nun die Komsumbäckerei ihren Betrieb eröffnete und ihre Arbeit in gleicher Art wie die übrigen Brotfabrikanten einteilte, hatten die Mittelständler nichts eiligeres zu tun, als die Behörde darauf aufmerksam zu machen.

„Alles das und noch mehr verschweigt nun die christliche Presse. Zunächst ist festzustellen, daß nicht die „Hoffnung“ allein, sondern sämtliche Kölner Brotfabrikanten wegen des fraglichen Delikts Strafmandate erhielten. Weiter unterschlägt die christliche Presse, daß auch die christliche Konsumgenossenschaft „Eintracht“ an Sonntagen nachmittags die Arbeit beginnen ließ und daß auch die christliche „Eintracht“ deswegen ein Strafmandat erhielt! Selbstverständlich ist nach alledem, daß von den „christlichen“ Blättern ferner die Tatsache verschwiegen wird, daß in der Bäckerei der Konsumgenossenschaft „Hoffnung“ die achtstündige Arbeitszeit und ein wöchentlicher Ruhetag von 36 Stunden für die Bäckerei eingeführt ist, denn sonst ließe sich ja kein Fall „Sozialdemokraten als Arbeitgeber“ für sie konstruieren. Die Reichsverbandspresse hat den „Fall“ nicht behandelt. Die christliche Presse steht somit noch unter dieser.

Korrespondenzen.

Bremen. Die „Christen“ auf dem Schlachtfelde. Allen Lesern dieser Zeitung ist der Verlauf unsres diesjährigen Lohnkampfes in Bremen bekannt. Sieben Wochen lang hatten unsre Kollegen im Streik gestanden; nicht ein Mann war abtrünnig geworden. Die Hälfte der Streikenden waren Kollegen mit Familie. Der ungünstige Winter, das ungünstige Wetter während des Kampfes und der Terrorismus der Unternehmer veranlaßten uns, den Kampf mit nur teilweisem Erfolg abzubrechen. Jetzt meinten die Unternehmer, die Zeit sei gekommen, dem verhaßten A. D. G. V. den Garau zu machen. Maßregelung, schwarze Listen, Koalitionsverbot, Abnahme der Mitgliedsbücher, Anzeigen wegen Streikvergehen — alles wurde in Anwendung gebracht. Unsre Bremer Kollegen haben die Unternehmerrache nach allen Regeln kennen gelernt. Es nützte den Rachsüchtigen aber keines der Mittel: die Bremer Kollegen blieben einig. Und was wäre wohl in dieser Situation

notwendiger gewesen als die Einigkeit in den eigenen Reihen?!

Doch da erschien auf einmal der „christlich-nationale“ deutsche Gärtnerverband auf der Bildfläche. Einladungszettel kündigten eine Versammlung der „Christen“ an, mit dem Vermerk: „Mitglieder des sozialdemokratischen A. D. G. V. ist der Zutritt verboten.“ Sonderbar war es auch, daß fast nur solche Leute diese Einladungen erhielten, die uns während des Streiks in den Rücken gefallen waren.

Am 27. August, an einem Tage, als unsre Verwaltung eine ihrer Hauptversammlungen abhielt, tagte die christliche Gärtnerversammlung und zwar in demselben Lokal, wo der Bremische Gartenbauverein eine Ausstellung hatte. Die Versammlung wurde von dem Vorsitzenden des christlichen Kartells, Braun geleitet. Das Referat hielt der christliche Arbeitersekretär Hartwich. Als weitere „Christen“ waren noch vorhanden: Der Portier (ein früherer Gärtner) Wilken und der Postbote Bartels. Letzgenannter arbeitete während des Streiks in der Firma Kurt, die nicht bewilligt hat, als „Arbeitswilliger“. Sonst hatten sich noch von uns eine Anzahl Mitglieder eingefunden, was dem Referenten allerdings Unbehagen bereitete.

Das Referat brachte nichts neues. In der Diskussion aber zeigten einige Redner aus unsern Reihen dem Referenten das wahre Gesicht und die Entwicklung des D. G. V.; sie versäumten auch nicht, den „christlichen“ Quertreibern ihr Verbrechen, das sie durch ihre Zersplitterungsversuche an der Bremer Gärtnerbewegung begehen, vor Augen zu halten. Das war den Christen nun so unangenehm, daß sie mit der Diskussion schlossen, ehe die Rednerliste erschöpft war. Hierauf verließen unsre Mitglieder demonstrativ das Lokal. Einen Erfolg hatten die Christen natürlich nicht. Auch die Leute, die uns im Frühjahr in den Rücken gefallen waren, wollten nun von dieser Gesellschaft nichts wissen.

Wir haben hier wieder einmal gesehen, auf welche Art und Weise der christliche Verband Mitglieder wirbt; daß es ihm garnicht um die Verbesserung der Lage der arbeitnehmenden Gärtnerschaft zu tun ist, sondern darum, Zersplitterung in die Reihen der zum Klassenbewußtsein gekommenen Kollegen zu säen. Zersplitterung dort zu bringen, wo eine geschlossene Front mehr denn je dem Unternehmertum gegenüber nötig ist, Zersplitterung zu treiben nur im Interesse des Unternehmertums. Oder wohl gar im Auftrage der Arbeitgeber?

Hannover. Programm der Bildungsgelegenheiten für das Winterhalbjahr 1910/11. Unsre Ortsverwaltung Hannover hat ihren Mitgliedern die Bildungsgelegenheiten vermittelt eines durch Buchdruck vervielfältigten Zirkulars bekannt gegeben, und zwar werden als solche angeführt:

I. Fachwissenschaft.

- Dendrologie. Ein Vortragskursus, umfassend 10 Vortragsabende. Jeden Freitag, abends 7^{1/2} Uhr, in der Kunst-Gewerbeschule, Neuerweg 3, Zimmer 28.
- Planzeichnen. Beginn nach Weihnachten. Näheres durch die Zeitung.
- Zeitgemäße gärtnerische Kulturen. Vortrags-Zyklus, umfassend 6 Vortragsabende. Mitte Februar.
- Exkursionen.

II. Elementarbildung.

Kurse der Freien Studentenschaft Hannover. Beginn am 3. November in der Realschule am Clevertor.

- Deutsch. Unter-, Mittel- und Oberkursus.
- Rechnen.
- Naturwissenschaften. „Ein Kursus“.
- Literaturgeschichte. Ein Kursus.

Honorar pro Kursus 50 Pf. Lehrmittel werden unsern Mitgliedern vom Gewerkschaftskartell unentgeltlich geliefert.

III. Allgemeine Bildung.

- Diskutierklub. Veranstaltet vom Arbeiter-Bildungsausschuß. Jeden Donnerstag, abends 9 Uhr, im „Ballhof“. Teilnahme für unsre Mitglieder frei.
- Volkstümliche Hochschulkurse. 5 Vortrags-Zyklen im Union-Theater.
- Zentral-Bibliothek. Im „Gewerkschaftshause“, Nikolaistraße 7. Für unsre Mitglieder kostenfrei.
- Lesezimmer. Im „Gewerkschaftshause“, Nikolaistraße 7.

IV. Kunst.

- Kunstabende. Bekanntmachung erfolgt durch unsre Zeitung. Der nächste Abend (Reuter-Gedenkfeyer) am 7. November.

B. Theatervorstellungen. Jeden Montag, abends 8 Uhr, im Residenz-Theater. Karten à 60 Pf. sind bis Donnerstag zu bestellen.

C. Besuch von Kunstausstellungen. Für unsre Mitglieder ermäßigte Preise.

D. Wettbewerb. Anlaßlich unser Feste findet stets ein Wettbewerb der Mitglieder in gärtnerischen Arbeiten statt. Prämierung erfolgt durch die Festteilnehmer.

NB. Publikationen des Bildungsausschusses, betreffend weitere Vortragszyklen, folgen später.

Ausland.

Sceaux (Frankreich). Am 10. September hielt der „Verein ausländischer Gärtner von Sceaux und Umgebung“ seine halbjährige Generalversammlung ab. Die Tätigkeit des Vereins war eine sehr rege. Es wurden mehrere sehenswerte Gärtnereien und Parks besichtigt, so Villmorin & Comp., Moser und Truffant in Versailles und der prachtvolle alte Park der Baronin von Rothschild in Ferrières. Die meisten Mitglieder fanden sich auch zur gemeinsamen Fahrt nach Brüssel zusammen, um die Weltausstellung und einige der sehenswertesten Gärtnereien zu besichtigen. Es wurden auch die Städte Gent, Brügge und Ostende besucht. Am 8. Mai hielt der Verein mit den aus Vitry sur Seine sein 10. Stiftungsfest ab, das sehr gut besucht war und sich zu einer würdigen Feier gestaltete. Die Versammlungen werden von nun an jeden Donnerstag abgehalten und werden in denselben fachwissenschaftliche Vorträge in deutscher und französischer Sprache geboten. — Briefe, die an den Verein gerichtet sind und denen das Rückporto beigelegt ist, werden jederzeit beantwortet. Eine Stellenvermittlung hat der Verein nicht; jedoch werden Auskünfte über Arbeitsgelegenheit, Löhne usw. gerne gegeben.

Erich Dietzschold,
Schriftführer.

N. Norberg,
Vorsitzender.

Allgem. Deutscher Gärtnerverein.

Berlin N. 37, Metzger Straße 3. Fernsprecher: Amt 3, 5382.

Vorsitzender Josef Busch.

Bei jedem schriftlichen Verkehr ersuchen wir um deutliche Angabe der Adresse des Absenders. (Name, Ort, Straße und Hausnummer.)

Bekanntmachungen.

(In jeder Mitgliederversammlung zu verlesen.)
— Sonntag, den 13. November ist der Beitrag für die 46. Woche fällig.

— Bei abreisenden Mitgliedern haben die Vorstände zu beachten, daß die neue Adresse des Betroffenen sofort per Postkarte der neuen Verwaltung mitzuteilen ist; falls eine Verwaltung nicht am Orte besteht, ist die Adresse der Hauptverwaltung mitzuteilen. Angabe der Buchnummer, des Eintritts und der zuletzt bezahlten Woche ist nicht zu vergessen. —

— Agitationsmaterial ist immer bei den Bezirksleitern zu bestellen. —

— Ortsbeamter für die Ortsverwaltung Groß-Berlin gesucht. Durch den großen Aufschwung der Verwaltung Berlin in diesem Jahre ist die Anstellung eines 2. Beamten notwendig geworden. Die Stellung wird hiermit ausgeschrieben. Der Antritt soll am 1. Januar 1911 erfolgen. Das Gehalt regelt sich nach den Beschlüssen der 8. Generalversammlung. — Die Bewerber müssen mindestens 3 Jahre gewerkschaftlich organisiert sein und rednerisch, agitatorisch und verwaltungstechnisch befähigt sein. Vor allen Dingen wird rednerisches Talent und Erfahrung in der Kleinarbeit verlangt.

Kollegen, die sich hierzu befähigt fühlen, wollen ihre Gesuche unter der Aufschrift „Bewerbung“ an Josef Busch, Berlin N. 37, Metzgerstr. 3. senden.

— Magdeburg. Das Mitglied Viktor Faust wird ersucht, das aus der Bibliothek entlehene Buch: „Praktischer Obstbaumzüchter“ zurück zu senden.

— Stuttgart. Die Mitglieder Friedrich August Hander und Karl Milke sind laut § 8 Absatz 2 u. 4 ausgeschlossen.

Inhalts-Übersicht zu No. 46.

Hundert Jahre preussisches Gesindeunrecht. — Ein englischer Minister über die soziale Frage. — Von den wirklichen Herren unsrer Zeit. — Stettiner Unternehmer als Denunzianten. — Eine Stadtgärtnerei wie sie nicht sein soll. — Villa Hailmann, Bad Kissingen. — Von der Hyänenatur des christlichen Gärtnerverbandes. — Ein Minister gegen den Streikbruch. — Rundschau: Der nächste Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands; In die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission; Das moralische Recht zur Verweigerung von Streikarbeit; Der christliche Vertrauensmann als Streikbrecher; Christgewerkschaftliche Tarifvertragspraxis; München-Gladbacher Erziehung. — Korrespondenzen: Bremen; Hannover; Sceaux. — Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein: Bekanntmachungen. — Feuilleton: Opfer des Kapitals; Kennst du das Land.

*** * Anzeigen-Teil. * ***

Die viermal gespaltene Petitzelle oder deren Raum kostet 30 Pfg.

Schluß der Anzeigen-Aannahme: Dienstags früh.

Für den Anzeigenteil übernimmt die Redaktion nur die gesetzliche Verantwortung.

Fehlen Ihnen

einige Gartenwerkzeuge?

(f. 104)

Bitte übertragen Sie deren Lieferung den

Dresdener Werkstätten S. Kunde & Sohn

Dresden-A. 38, Kipsdorfer Straße :: :: Katalog kostenlos.



Illustriertes Handbuch des Gartenbaues

Herausgegeben von **Dr. H. Settegast**

Direktor der Gärtner-Lehranstalt Köstritz

Ein starker Prachtband von ca. 1000 Seiten mit 938 Abbildungen im Text und 49 ein- und mehrfarbigen Tafeln und zwei Modellen

Preis 22 Mk., auf Wunsch gegen bequeme monatl. Teilzahlungen 24 Mk.

Wer sich über die Urteile der Fachgenossen, die das Werk bereits bezogen haben, unterrichten will, verlange die postfreie Zusendung des Prospektes No. 2 von

E. H. Friedr. Reisner, Leipzig
Salomon-Straße 10

(1485/49)

Gute Bücher sind:

Illustriertes Gartenbaulexikon, enthält das ganze gärtnerische Wissen . . . 23 Mk.
Schnurbusch, Der praktische Schnittblumenzüchter, enthält Kultur und Treiberei aller Schnittblumen . . . 9 Mk.
Vilmorins Blumen-gärtnerei, mit 100 farbigen Tafeln . . . 56 Mk.
Versand überallh. franko geg. Einsendg. des Betrages oder Nachn. Auf Wunsch geg. bequeme Monatsraten von 3-5 Mk.
Katalog gratis. (1399 b)

Hermann Meusser, Spezialbuchhandlung für Gartenbau. Berlin W. 35-105, Steglitzerstr. 58.

In bester Gegend **Schönebergs** ist ein **Blumengeschäft mit Einrichtung** zu vermieten. Offerten unter Sch.-R. 260 an Rudolf Mosse, Schöneberg, Hauptstr. 155. (1493/46)

Kaufe gut erhaltene gärtnerische Werke

PAUL JAUER, Glienicke (Nordbahn) bei Berlin (1530)

Gehilfen, die in der kürzesten Zeit und mit den geringsten Mitteln sich eine tüchtige theoretische und namentlich zeichnerische Ausbildung aneignen wollen, finden dazu die beste Gelegenheit an dem durch seine vorzügliche und bisher unübertroffene Lehrmethode überraschend schnell aufgeblühten :: :: :: :: :: ::

Technikum für Landeskultur u. Gartenarchitektur Stargard i. Meckl.

Gute Volksschulbildung genügt. Teilkurse sind gestattet. Eintritt jederzeit möglich. Prospekt und Auskunft kostenfrei durch **Direktor R. Lorentz.** Lichtbilder-Vorträge. (1354) Frequenz: 125 Personen im Vorjahre.

Warum halten die Messerklingen keine Schneide?

Trotz aller Versicherungen der Ladeninhaber oder Verkäufer, welche auf die gestellte Frage, ob die Klinge aber auch gut sei, stets sofort mit derselben Antwort bei der Hand sind, daß das Messer vorzüglich sei, passiert es dem vielgeplagten Berufsmann immer wieder, daß er Messer mit Schneiden kauft, die nichts taugen. Wie viele lassen sich immer wieder durch diese Versicherungen zum Kauf verleiten; denn das Messer oder die Schere ist ja so — billig. Diese Billigkeit hat ihren guten Grund; denn alles, was die Herstellung der Messer, Scheren etc. verteuert, ist weggelassen. Anstatt gutem Material ist schlechtes verwendet, anstatt des guten naturharten Stahles der von Natur aus weiche, der sich leicht verarbeiten läßt und darum wenig Mühe macht. — Hierin liegt auch der Grund, warum diese Schneiden nicht halten. Einige Schnitte und die ganze Mühe, die man auf das sorgfältige Abziehen der Klinge verwendet hätte, ist umsonst gewesen, man fängt wieder von vorn an und setzt dies fort, solange die Geduld reicht, andernfalls muß eben die Arbeit, der Baum, die Pflanze darunter leiden und der Gärtner, weil die Arbeit nicht von der Hand geht. Zu 90% werden solche billigen Schneidewerkzeuge in den Geschäften, selbst in vornehmen angeboten und die Hoffnung, ein einziges gutes darunter zu finden, ist ganz nutzlos! Auf die Marke kommt es an und die muß man kennen und fordern.

S. KUNDE & SOHN DRESDEN

In vorstehender Marke bietet sich ja dem Berufsmann das, was er braucht und sucht. Daher nur fest bleiben und sich nichts anderes aufhängen lassen! Sehr empfehlenswert ist das Lesen des Schriftchens: „An die Verbraucher von Schneidewerkzeug nebst Ratschlägen und Anleitungen zum richtigen Gebrauch feiner Schneiden.“ Sie erhalten dies auf Anfrage kostenlos und portofrei von der Firma zugestellt.

Verkehrslokale für Gärtner.

(In dieser Rubrik kostet ein zweizeiliges Inserat pro Vierteljahr 2,50 Mk. (vorausbezahlen). Dafür erhalten die Inserenten regelmäßig ein Exemplar der Zeitung zum Aushängen in ihrem Lokal.)

Barmen, Gasthaus: Albert Vogel, Rödigerstr. 16. Versammlung der Ortsverwaltung jeden 2. Samstag im Monat. Herberge: Gewerkschaftshaus Parlament Str. Büro und Stellennachweis: Barmen, Gewerbeschulstr. 107 I.
Berlin N., Weissenburgerstr. 67. Verkehrslokal. Herberge, Stellenausgabe: 11-12 Uhr ebenda.
Berlin W., Vorbergstr. 9, Poschmann, Vereinslokal. Gute Speisen. Vslg. jeden Donnerstag vor dem 15. jeden Sonntag früh: Zahlmorgen.
Blankene, Rest. Bernh. David, Dockenhuden, Bahnhofstr. Vslg. Sonntag nach d. 1. u. 15. (1025)
Breslau, Philipps Restaurant „Zum goldenen Schwan“, Kupferschmiedestr. 23.
Cannstatt-Stuttgart, „Gasthaus zur Fischerei“ Marktstr. Herberge, Verkehrs-u. Versammlungsl.
Chemnitz, J. Materns unt. Hainstr. 7, Versamml. Samstag vor d. 1. u. 15. im Monat. Arbeitsnachw. u. Unterst. Kollege Jos. Donath, Sidonienstr. 22.
Cöln a. Rh., Rest. Laurenz Körfer, Weyerstr. 112. Vslg. Samstag nach d. 1. u. 15. — (1029)

Büro und Stellennachweis: Pantaleonstr. 9, p. 7^{1/2} bis 9; Sonntags 11 bis 12 Uhr.
Dresden-A., Ritzbergstr. 2 und Marxstr. 13, „Dresdener Volkshaus“, Verkehrs- u. Herberge. **Düsseldorf,** Wallstr. 10, II, Büro und Herberge. Telefon: 7527.
Elberfeld, Volkshaus, Hombücherstr. Versammlung der Ortsverwaltung jeden 4. Samstag im Monat. Ebenda Herberge. Büro und Stellennachweis: Barmen, Gewerbeschulstr. 107 I.
Frankfurt a. M., Gewerkschaftshaus, am Schwimmbad u. Stoltzstr. 13-15. Vslgs.-Lokal d. Orts- u. Bez. Frankfurt. Herberge ebenda.
Frankfurt a. M.-Hausen, Restaurant von G. Härdt. Verkehrslokal der Gärtner.
Grünwald, Pein, Hubertusbaderstr. 8. Verkehrs- u. Vslg. Sonnabend n. d. 1. i. j. M. Gut. Mittagstisch.
Hamburg, Rest. Kling, Drehbahn 48, Arbeitsnachweis von 10-12 Uhr. (1037)
Hamburg-Hoheluft, M. Lewerenz, Wrangelstr. 64, Verkehrslokal der Gärtner Hoheluft, Ver-

sammlung 2. u. 4. Dienstag im Monat. (1038)
Hannover, Haller's Gasthaus, Sockstr. 11. (1031) Ssln jeden Tag zu treffen.
Leipzig, Volkshaus, Zeitzer Straße.
Lübeck, Verkehrslokal: „Restaurant Oloif“ 7. Querstraße.
Luzern, Rest. und Gasthaus „Zur Schmiede“, Pilatusplatz. Versammlg. alle 14 Tage, Samstag. Auskunft b. P. Drustschel, Neustadterstr. 21, II.
Magdeburg, Knochenhauer-Str. 27-28, Eingang Packhof-Straße, 1 Treppe. Vereinslokal, Zentralherberge. Kleine Klosterstr. (1041)
München, Rest. Höglerbräu, Thal 75. Zentralverkehr der Gärtner und Herberge. Versammlung jeden 4. Samstag im Monat. (1043)
Nieder-Schönhausen, Restaur. Schwartke, Kaiser Wilhelmstraße 5, Vereinslokal. (F. 76).
Pankow bei Berlin, Pankower Gesellschaftshaus, Paul Rozycki, Kreuzstr. 3-4, Vereinslokal des Zweigvereins. (1045)

Steglitz, Rest. Fritz Heizmann, Ecke Dünther- und Florastr. Vslg. jeden Donnerstag nach dem 1. u. 15. (F. 70)
Sollingen, Vereinslokal und Herberge „Gewerkschaftshaus“, Kölnstr. 45. Vslg. alle 14 Tage.
Stellingen b. Hamburg, A. Lange's Klub- und Ballhaus, Kiehlstr. 211. (1040)
Stuttgart, Gewerkschaftshaus, EBlingerstr. 17/19. Stellennachweis: Städt. Arbeitsnachweis.
Stuttgart, Gasthaus zur Glocke, Marktstr. Verkehrslokal und Herberge.
Weissensee, Rest. Aug. Reimann, Wörthstr. 23. Für gute Speisen und Getränke bestens geeignet. (52)
Wiesbaden, Verkehrslokal Gewerkschaftshaus Wellritzstr. 41. Stellennachweis und Unterstützung: Wallramstr. 20 pt. (1053)
Zürich, Rest. Eintracht, Neumarkt 5. Vslg. alle Samstage n. 1. u. 15. Auskünfte b. J. Schneider Hegibachstr. 9, III, von 1/8 bis 1/9 Uhr abds.